

AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt bar bezahlt | Verlagsort 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL

7. JG., APRIL 2015 | NR. 73

KOMMENTIERT
Sag mir, wo die Wohnungen sind!



AK Präsident Erwin Zangerl

Immer in Vorwahlzeiten kommen Landes- und Stadtpolitiker aller Parteien zur einmütigen Erkenntnis: Wohnen ist in Tirol zu teuer. Auf Plakaten steht dann „Wohnen muss billiger werden – aber flott“, es werden flammende Reden gehalten und vollmundige Versprechungen abgegeben.

Nach den Wahlen läuft dann alles wie bisher weiter: In Tirol und vor allem im Ballungsraum Innsbruck und Umgebung werden nach wie vor die teuersten Wohnpreise verzeichnet. Und immer weniger Tiroler wissen, wie sie sich das leisten sollen. Die Menschen haben es satt, ständig vertröstet zu werden. Der Wohnbaulandesrat behauptet gar, es gäbe genug Wohnungen. Ja! Wohnungen werden ausreichend gebaut, aber vor allem als Anlage- und Spekulationsobjekte. Denn wer kann sich eine Dreizimmerwohnung um 1.000 Euro und mehr pro Monat leisten? Bei einem Durchschnittsgehalt von 1.331 Euro?

Geld ist genug da, wenn die Wohnbauförderung zweckgebunden für eine echte Tiroler Wohnbauoffensive verwendet wird! Dazu müssen die Gemeinnützigen mindestens 2.000 Wohnungen pro Jahr errichten. Und die AK Studie zeigt klar, dass viel billiger gebaut werden kann. Herr Landesrat Tratter: Jetzt heißt es bauen, bauen, bauen – aber flott.

AK INFORMIERT

Alles zu Erben und Schenken

Beschäftigte müssen meist ein Leben lang hart arbeiten, um sich etwas schaffen oder ansparen zu können. Wenn es darum geht, diese Werte an die nächste Generation zu übergeben, sollte jeder Bescheid wissen. Schließlich möchten alle Beteiligten Enttäuschungen vermeiden. Am besten, Sie nutzen die kostenlosen AK Infoabende zum Thema „Erben und schenken“ in Ihrer Nähe! Am 19. Mai erfahren Sie in der AK Schwaz alles Wichtige von Notar Mag. Josef Reitter (Anm. 0800/22 55 22 DW 3752), ebenfalls am 19. Mai referiert in der AK Landeck Notariatssubstitut Christof Walser (Anm. DW 3450). Beginn jeweils 19 Uhr.

Land muss beim Wohnen handeln!

Dramatisch. Immer weniger Menschen können sich das Wohnen leisten. Diözese, ÖGB und AK verlangen wichtige Maßnahmen.



Resolution gegen die Wohnungsnot: Bischof Manfred Scheuer, AK Präsident Erwin Zangerl und ÖGB-Vors. Otto Leist (v. li.).

Jetzt muss die Landespolitik endlich Farbe bekennen, wie ernst es ihr ist mit der Bekämpfung der drängenden Wohnungsnot in Tirol. Diözese Innsbruck, KAB Tirol, ÖGB Tirol und Arbeiterkammer Tirol haben die Forderung nach erschwinglichem Wohnen im Rahmen eines gemeinsamen Schulterschlusses bekräftigt. AK Präsident Erwin Zangerl ist mit seiner Geduld am Ende: „Nur in Vorwahlzeiten kommen Landes- und Stadtpolitik drauf, dass Wohnen in Tirol zu teuer ist. Nach den Wahlen läuft dann alles gleich weiter und die Menschen wissen nicht mehr, wie sie sich das teure Wohnen leisten können. Wir haben es satt, ständig die gleichen Sprüche zu hören. Wenn der Wohnbaulandesrat behauptet, es gäbe genug Wohnungen, dann hat er keine Ahnung, was diese Wohnungen am freien Markt kosten. Es gibt nicht genug erschwingliche Wohnungen in Tirol – und das ist ein Faktum!“

Die Antwort auf diese Not kann nur heißen: Bauen, bauen, bauen! Wir brauchen endlich eine Wohnbauoffensive in unserem Land. Das

ist die Politik den jungen Menschen und Familien schuldig!“

In einer neuen AK Studie stellt Wohnbauexperte Luis Leiter ganz klar fest, dass bei den Baukosten in Tirol ein Einsparpotenzial von 15 Prozent liegt. Das würde bedeuten, dass sich die Tiroler beim Wohnen zwei Monatsmieten pro Jahr ersparen könnten. Wie groß diese Entlastung wäre, zeigt ein Vergleich: Eine neu zu besiedelnde 75-Qua-

sentlich verbessern würde. Zangerl: „Das wäre eine echte Mietenbremse und ein gesellschaftspolitischer Meilenstein, wenn man bedenkt, dass die jährlichen Gehaltssteigerungen gerade einmal bei rund zwei Prozent liegen.“

Zangerl: „Steigende Kosten, die künstliche Verknappung von Wohnraum und Bauland, zunehmend mehr Menschen, die sich die Miete nicht mehr leisten, geschweige denn

„Das Recht auf Wohnen ist ein fundamentales Menschenrecht.“

Bischof Dr. Manfred Scheuer

dratmeter-Wohnung kostet bei den Gemeinnützigen Bauvereinigungen rund 570 Euro pro Monat. Auf das Jahr gerechnet würde eine Familie um 1.140 Euro mehr Einkommen zur Verfügung haben, wenn die Einsparpotenziale beim Bauen genutzt würden. Auf dem freien Markt würde die Ersparnis sogar 1.755 Euro pro Jahr ausmachen. Geld, das den Lebensstandard der Familien we-

ein Eigenheim schaffen können – es ist höchste Zeit für eine Trendumkehr. Wohnen muss in Tirol endlich jenen Stellenwert bekommen, den es als Grundrecht verdient.“

Das fordern Bischof Manfred Scheuer, AK Präsident Erwin Zangerl und ÖGB Vorsitzender Otto Leist, die eine entsprechende Resolution unterzeichneten.

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2

FORDERUNGEN

Was es jetzt endlich braucht:

- Pro Jahr 2.000 neue Wohnungen, um die Spekulationen einzudämmen.
- Eine wirkliche Bauoffensive, durch Zweckbindung der Tiroler Wohnbauförderung.
- Höhere Förderung: Noch im Jahr 1991 wurde über die Wohnbauförderung mit 65 % direkt gefördert, heute mit weniger als 40 %. Stattdessen wurde der zeitlich befristete Annuitäten-Zuschuss eingeführt, der 2013 noch gesenkt wurde, was die Mieten in Zukunft wieder sprunghaft ansteigen lässt.
- Eine moderate Stützung der Betriebs- und Heizkosten zumindest bei niedrigen Einkommen.
- Grundstücks-Initiativen in den Tiroler Gemeinden, etwa durch Vergabe von Baurechten.
- Eine Reduzierung der hohen Standards und damit der Baukosten auf ein Mindestausmaß.
- Neben dem geförderten Wohnbau braucht es in Tirol auch mehr Eigentumswohnbau mit erschwinglichen Preisen.

JUBILÄUM

ÖGB Tirol: Tag der offenen Tür



Der ÖGB Tirol veranstaltet anlässlich seines 70-jährigen Bestehens am 16. April von 15 bis 21 Uhr in Innsbruck einen Tag der offenen Tür (Südtiroler Platz 14-16).

Ab 15 Uhr erhalten Interessierte Einblick in das reichhaltige Angebotspektrum der Gewerkschaften und bekommen zahlreiche Informationen, etwa zu den Themen Lohn/Gehalt, Kollektivverträge, Pensionsversicherung und Pensionskonto, betriebliche Gesundheitsförderung oder Arbeitnehmerveranlagung. Dazu werden Gesundheits-Checks sowie Hör- und Sehtests angeboten, ab 19 Uhr unterhalten Günther Lieder und Markus Linder mit Literatur & Kabarett. Für ausreichend Verpflegung ist gesorgt. Also: Vorbeischaun lohnt sich!

INFOS AK BROSCHÜREN

Dein Recht. In den neuen Broschüren der AK finden Mieter und Eigentümer Antworten auf die häufigsten Fragen.

Neues für Wohnungseigentümer



Der Kauf einer Eigentumswohnung muss wohl überlegt sein: Finanzielle Belastungen, Rechtsunsicherheiten, Probleme bei der Verwaltung der Liegenschaft oder bei der Abstimmung der Interessen der Wohnungseigentümer sind zu beachten und genau zu hinterfragen. Hilfestellung dabei bietet die neue umfangreiche AK Broschüre „Das Wichtigste für Wohnungseigentümer“ in der die schwierige Materie in verständlicher Form aufgearbeitet ist. Einfach kostenlos bestellen unter 0800/22 55 22 - 1731 oder bequem auf ak-tirol.com herunterladen.

Was Mieter wissen sollten



Detailliert und mit vielen Beispielen versehen ist die AK Broschüre „Mietrecht für Mieter“, in der Konsumenten alle Infos zum komplexen Thema finden: Von grundsätzlichen Erklärungen wie „Was bedeutet Miete?“ über die rechtlichen Grundlagen für die Miete einer Wohnung bis hin zu Mietvertrag, Mietzins, Mietrecht im Scheidungsfall und die Beendigung eines Mietverhältnisses werden alle wichtigen Fragen geklärt. Sie kann unter 0800/22 55 22 - 1731 kostenlos bestellt werden und steht auf ak-tirol.com als Download bereit.

Wohnen kann viel billiger sein

AK Wohnstudie belegt: Wohnbauförderung zweckbinden, Baukosten senken, Normen reduzieren. Das ergibt ein Einsparungspotenzial von 15 Prozent. Und bringt eine Ersparnis von zwei Monatsmieten pro Jahr.

Der Josefstag am 19. März ist für Tirols Arbeitnehmerfamilien ein besonderer Tag: Denn an diesem Tag wird der Heilige Josef als Schutzpatron der Arbeiter und als Tiroler Landespatron gefeiert.

Allianz. Die AK Tirol nahm diesen Tag in einer breiten Allianz mit ÖGB Tirol, KAB Tirol und Diözese Innsbruck zum Anlass, um ihn unter das brennende Thema „Wohnungsnot in Tirol“ zu stellen und mit einer gemeinsamen Resolution Verbesserungen bei den politisch Verantwortlichen einzufordern.

Welche riesige Belastung das teure Wohnen für viele Tiroler Arbeitnehmerfamilien darstellt, zeigten und zeigen unter anderem auch die Ansuchen an den AK Unterstützungsfonds, mit denen Betroffene um finanzielle Hilfe ersuchen. Deshalb haben AK Tirol, ÖGB Tirol, KAB Tirol und Diözese Innsbruck dazu gemeinsam eine Resolution verfasst (Auszüge siehe unten rechts).

Neue AK Studie. Die politisch Verantwortlichen werden nicht nur aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, die den Wohnraum endlich leistbar machen. Die AK Tirol präsentierte auch gleich die neue Studie „Leistbares Wohnen



Foto: AK Tirol

in Tirol – Möglichkeiten einer Kostensenkung im Wohnbau unter besonderer Berücksichtigung der gemeinnützigen Wohnbauträger in Tirol“, in der aufgezeigt wird, wie dies einfach und schnell realisiert werden kann.

Hohe Baukosten. Studienautor Luis Leiter, der langjährige technische Geschäftsführer der Neuen Heimat Tirol, belegt darin, dass die Mieten im gemeinnützigen Wohnbau um rund 15 %, also um knapp zwei Monatsmieten pro Jahr, ge-

senkt werden können, sobald Baukosten-Treiber eingespart werden. Laut Studie liegt Tirol bei den Baukosten im Bundesländervergleich an 4. Stelle, noch teurer wird nur in Niederösterreich, Vorarlberg und Salzburg gebaut.

Mit durchschnittlich 50 % haben aber die Baukosten im geförderten Wohnbau den größten Anteil an der Miete. Die Grundkosten schlagen sich mit ca. 10 % nieder, die restlichen 40 % verursachen die Bewirtschaftungskosten inklusive der gesamten Mehrwertsteuer.

Fordern Politik zum Handeln auf: Luis Leiter, Markus Köck (Diözese), Franz Ebster (FA), Helmut Deutinger (Grüne), Günter Mayr (FSG), Otto Leist (ÖGB Vors.), Erwin Zangerl (AK Präs.), Bischof Manfred Scheuer (v. li.).

Kostentreiber am Bau. Einsparungspotenzial findet sich also ganz klar bei den Baukosten. Laut Studie könnte um 10 bis 15 % günstiger gebaut werden – ohne spürbare Qualitätseinbußen, wenn alle Beteiligten die Kostentreiber auf das Notwendige reduzieren.

ZITIERT THEMA WOHNEN

„Politik muss sich mehr um die Menschen annehmen, nicht für Spekulanten arbeiten.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

„Verteilungsgerechtigkeit muss ein Grundinteresse unserer Gesellschaft bleiben.“

Manfred Scheuer, Diözesanbischof

„Es ist ein Affront, wenn Politiker behaupten, dass wir beim Wohnen kein Problem haben.“

Otto Leist, ÖGB Vorsitzender

„Alleine bei den Baukosten liegt ein Einsparungspotenzial von bis zu 15 Prozent.“

Luis Leiter, Autor der AK Studie

CHECK WOHNRECHT

Für Mieter von Gemeinnützigen

Mit besonders vielen Bestimmungen sind Mieter Gemeinnütziger Bauvereinigungen konfrontiert, weil sich in diesem Bereich verschiedene Gesetze überschneiden. Umso mehr war es der AK ein Anliegen, mit der Broschüre „Wohnrecht für Mieter von Gemeinnützigen Bauvereinigungen“ einen praktischen Ratgeber zur Verfügung zu stellen, der häufige Fragen beantwortet und einen Überblick über Rechte und Pflichten gibt. Aber auch der Wohnungssuchende findet darin wichtige Hinweise, worauf bei Abschluss eines Mietvertrags zu achten ist. Interessierte erhalten die Broschüre kostenlos unter Tel. 0800/22 55 22 - 1731 oder als Download auf ak-tirol.com

Sparen bei Kostentreibern

Aus der Resolution. Wird die Versorgung der Menschen mit Wohnungen vernachlässigt, Wohnen immer teurer und unsicherer, dann ist das ein Verstoß gegen die Menschenrechte.

Wohnen in gesicherten Verhältnissen gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen und kann als eine elementare Voraussetzung gelingenden menschlichen Lebens angesehen werden. In rechtlicher Hinsicht gilt das Recht auf Wohnen als ein fundamentales Menschenrecht. Diese Grundhaltung der Diözese Innsbruck (Arbeitskreis „Leistbares Wohnen“) teilen auch AK, ÖGB und KAB.

Recht auf Wohnen. Wird die Versorgung der Menschen mit Wohnungen vernachlässigt, das Wohnen immer weniger „leistbar“

und unsicherer, dann ist das ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Es ist die undelegierbare Aufgabe der politischen Entscheidungsträger aller Gebietskörperschaften, sinnvolle Rahmenbedingungen für „Leistbares Wohnen“ zu schaffen. Wir gehen davon aus, dass die Ausgaben für das Wohnen (Miete) inkl. der Betriebskosten ein Drittel des Einkommens nicht überschreiten sollten. Hinsichtlich des Wohnens in Eigenheimen wird auf die immer größer werdende Belastung zukünftiger Generationen hingewiesen.

Die Baukosten liegen in Tirol um 12 Prozent über dem Österreich-

Durchschnitt. Die Gründe dafür sind nicht nachvollziehbar. Die Kosten fürs Bauen müssen gesenkt werden. Dies ist ohne Qualitätseinbußen möglich, wenn bei den Kostentreibern gespart wird. Die von AK Tirol, ÖGB Tirol, KAB Tirol und Diözese Innsbruck bereits früher erhobenen Forderungen haben nach wie vor Gültigkeit, wie die Zweckbindung der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingehobenen Wohnbauförderung, Mietzinsbeihilfen ab Wohnbezug in allen Gemeinden, Einbeziehen von Betriebskosten in die Mietzinsbeihilfe oder objektive und realistische Prüfungen der „Ortsüblichkeit“.

AK INFO

Die Forderungen von Kirche, ÖGB und AK

Die gemeinsame Resolution von Diözese Innsbruck, KAB Tirol, ÖGB Tirol und AK Tirol im vollen Wortlaut findet sich unter ak-tirol.com. Außerdem gibt es auf der AK Homepage zum Nachlesen oder zum Download auch die Lang- sowie die Kurzfassung der AK Studie „Leistbares Wohnen in Tirol – Möglichkeiten einer Kostensenkung im Wohnbau unter besonderer Berücksichtigung der Gemeinnützigen Wohnbauträger in Tirol“.

AKUT + PLUS-MINUS

Billiger Sprit! Teure Taxis?



In der Vergangenheit wurde der Innsbrucker Taxitarif auf Antrag der Wirtschaftskammer im Abstand von zwei Jahren erhöht, zuletzt im März 2013. Dabei wurde als Hauptargument stets die starke Verteuerung beim Treibstoff angeführt. Das Land ist diesem Argument stets durch höhere Tarife nachgekommen. Durch die deutlich gesunkenen Treibstoffpreise verlangt jetzt die AK im Gegenzug vom Land, die Taxitarife wieder entsprechend zu verbilligen. Kurze schriftliche Antwort: „...nach Rücksprache mit Frau Landesrätin Zoller-Frischauf wird mitgeteilt, dass eine Änderung der Verordnung nicht angedacht ist.“ Die Moral von der Geschichte: Teurer werden ist für die Wirtschaft nicht schwer – billiger werden dagegen sehr ...

Heli-Bergung vor Regelung

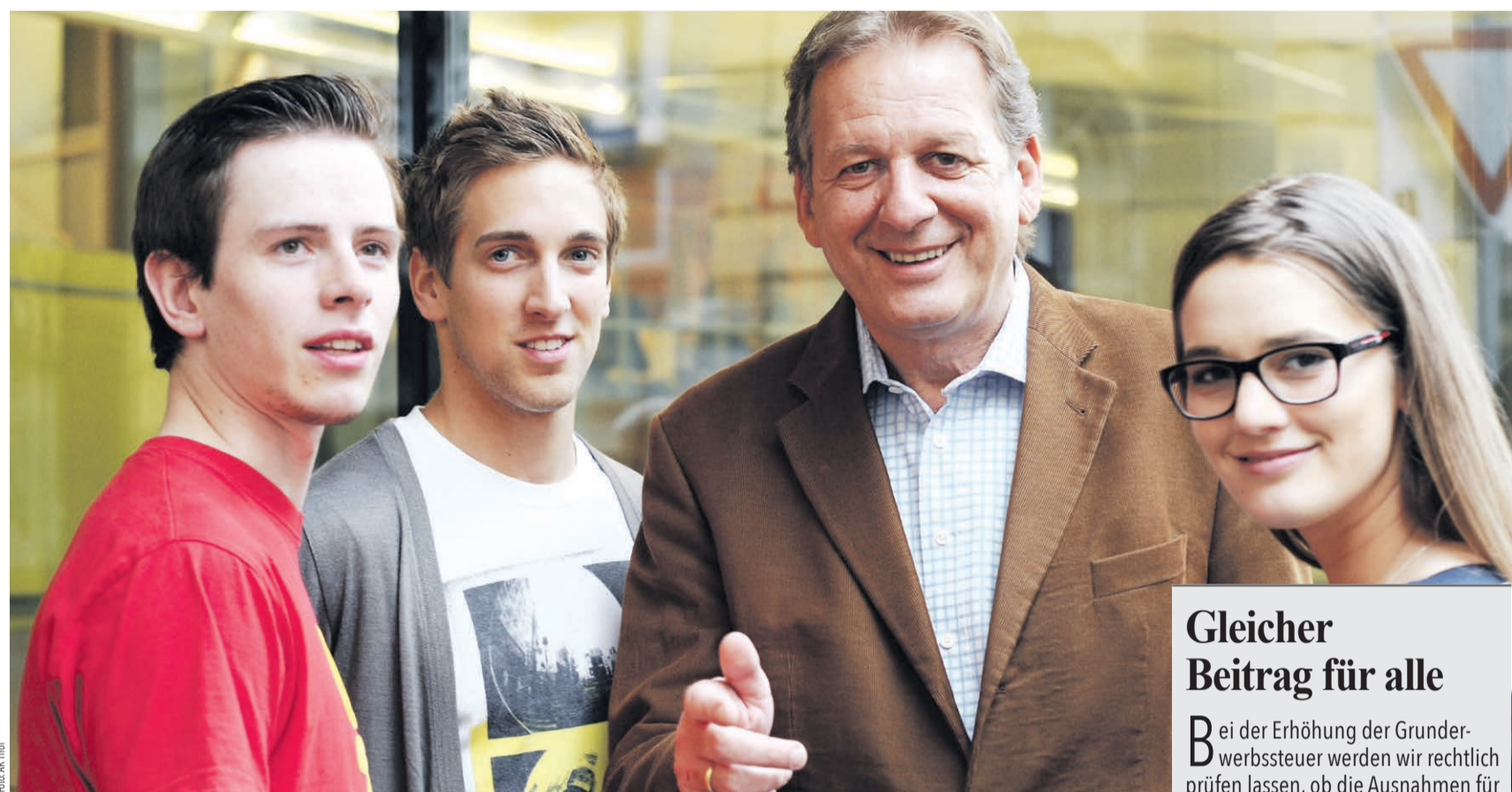


Ein Unfall in der Freizeit ist schnell passiert, und die Bergung mit dem Hubschrauber kann die Betroffenen mehrere tausend Euro kosten, was zu enormen Problemen für die Verunglückten geführt hat. Die AK Tirol hat diese Problematik immer wieder aufgezeigt und eine Lösung dieses Kostenproblems durch das Land verlangt. Zusätzlich war die AK Tirol von sich aus in Vorleistung getreten und hatte für ein Jahr eine entsprechende Versicherung abgeschlossen. AK Präsident Zangerl: „Besonders ungerecht ist nämlich, dass das Land etwa bei der Hubschrauberbergung von Kühen die anfallenden Kosten bis auf einen Selbstbehalt von 250 Euro übernommen hat. Zumindest diese Regelung sollte auch für verunglückte Menschen gelten!“

Nunmehr scheint sich der Einsatz der AK für die Tiroler gelohnt zu haben und sich eine positive Lösung abzuzeichnen: LH Platter hat in einem Schreiben an den AK Präsidenten zugesagt, im Zuge der Neuregelung der Flugrettung diese Problematik im Teilbereich der Freizeitunfälle entweder durch ein Versicherungsmodell oder durch einen Härtefonds zu lösen.

Zangerl: Lohnsteuer runter verlangt und erreicht!

Im Gespräch. „Die Lohnsteuer-Reform entlastet die Arbeitnehmer. Ein Erfolg von AK und ÖGB, die diese Reform durchgesetzt haben,“ sagt AK Präsident Erwin Zangerl.



Erwin Zangerl: „Durch die Lohnsteuer-Reform werden Tirols Beschäftigte über 350 Millionen Euro zusätzlich verfügen.“

TAZ: Herr Präsident Zangerl, wie beurteilen Sie die Lohnsteuer-Reform?

Zangerl: Nimmt man das Durchschnittseinkommen aller Tiroler von 2.015 Euro brutto im Monat her, dann bringt die Lohnsteuer-Reform ein Plus von 885 Euro pro Jahr. Für eine Familie mit zwei Kindern und 3.700 Euro brutto im Monat ergeben sich 1.456 Euro pro Jahr mehr. Das ist schon eine ordentliche Ersparnis.

TAZ: Hat sich der Einsatz von AK und ÖGB gelohnt?

Zangerl: Ich freue mich, dass wir so viel erreichen konnten. Das war nicht immer klar. Und Tatsache ist nun einmal, dass von dem 5-Milliarden-Euro-Entlastungspaket 4,9 Milliarden in die Lohnsteuer-Reform fließen sollen. Ich bin stolz, dass hier die AK Tirol und die AK Vorarlberg Vorreiter dafür waren. Vor allem aber war dieser österreichweite Schulterchluss von 882.184 Beschäftigten, die

mit ihrer Unterschrift die überfällige Reform eingefordert haben, überhaupt erst möglich, weil AK Tirol und AK Vorarlberg die Unterschriften-Aktion im Juni 2014 ins Leben gerufen haben!

TAZ: Hat sich der Druck auf die Regierung ausgezahlt?

Zangerl: Der Erfolg unserer Aktion hat gezeigt, wie stark die Arbeitnehmer sind, wenn sie sich solidarisch zeigen und gemeinsam für ihre berechtigten Forderungen eintreten. Erinnern wir uns, dass Ex-Vizekanzler und Finanzminister Spindelegger kategorisch ‚Nein‘ zu einer Entlastung der Arbeitnehmer gesagt hat. Und vergessen wir nicht die dramatischen innerparteilichen Entwicklungen, die dann zu seinem Rücktritt geführt haben. Und zwar deshalb, weil wir hart in der Sache geblieben sind.

TAZ: Können wir uns die Lohnsteuer-Reform leisten?

Zangerl: Die Steuerentlastung kommt angesichts der schwachen

Wirtschaftsentwicklung genau zur richtigen Zeit. Die erhöhte Kaufkraft nutzt den Arbeitnehmern und stimuliert über den Mehr-Konsum zugleich die Wirtschaft.

TAZ: Wo sehen Sie die größten Erleichterungen für die Arbeitnehmer?

Zangerl: Besonders positiv sind die Senkung des Eingangssteuersatzes von 36,5 auf 25 Prozent, die Erhöhung des Arbeitnehmer- bzw. Verkehrsabsetzbetrages und die Erhöhung der sogenannten Negativsteuer für Geringverdienende von 110 auf 400 Euro bzw. ihre Neu-Einführung für Pensionisten in Höhe von 110 Euro.

TAZ: Es kommen aber auch kritische Stimmen, die sagen, dass dafür woanders belastet wird. Teilen Sie diese Meinung?

Zangerl: 84 Prozent des Entlastungsvolumens kommt Arbeitnehmern mit einer jährlichen Steuerbemessungsgrundlage von bis zu 45.000 Euro pro Jahr zugute – das

Gleicher Beitrag für alle

Bei der Erhöhung der Grunderwerbssteuer werden wir rechtlich prüfen lassen, ob die Ausnahmen für Wirtschaft und Bauern zulässig sind. Wenn, dann sollten alle Gruppen den gleich hohen steuerlichen Beitrag leisten. Ebenso sollte auch bei den Topfsonderausgaben nachgeschärft werden. Es ist das falsche Signal, die Schaffung von Wohnraum oder die Bildung einer zusätzlichen Altersversorgung nicht mehr zu begünstigen.

entspricht einem Monatseinkommen von bis zu rund 4.600 Euro.

TAZ: Wie geht es jetzt weiter?

Zangerl: Durch die Lohnsteuer-Reform werden Tirols Beschäftigte über 350 Millionen Euro zusätzlich verfügen. Das kommt allen zugute, auch der heimischen Wirtschaft. Leider wurde die kalte Progression nicht abgeschafft. Aber auch Teile in der Gegenfinanzierung sind zu hinterfragen: Etwa bei der Grunderwerbssteuer und den Topfsonderausgaben. Es ist das falsche Signal, die Schaffung von Wohnraum oder die Bildung einer zusätzlichen Altersversorgung steuerlich nicht mehr zu begünstigen.

Das bringt mir
die Steuersenkung

mehrnetto.arbeiterkammer.at



IHRE PERSÖNLICHE ERSPARNIS

AUF EINEN KLICK

WIR SIND ÜBER
3 MILLIONEN
STIMMEN
FÜR MEHR
VERTEILUNGS-
GERECHTIGKEIT.



CHECK VERFALLSFRISTEN

Für Abschaffung. Kurze Verfallsfristen haben für Beschäftigte fatale Folgen – sie verlieren oft viel Geld für bereits erbrachte Arbeit.



Foto: Piotr Maczek/Fotolia.com

Reagieren

Viele Kollektiv- oder Arbeitsverträge sehen vor, dass arbeitsrechtliche Ansprüche rasch verfallen. Das kann Beschäftigte viel Geld kosten, weil sie ihre offenen Ansprüche – etwa Überstunden – nur für den kurzen Zeitraum innerhalb der Verfallsfrist gegenüber dem Arbeitgeber geltend machen oder sogar einklagen müssen. Versäumen Sie diese Fristen, sind Ihre Ansprüche erloschen. Bisweilen betragen diese Fristen nur drei Monate. Und Achtung: Diese Verfalls-Fristen gelten auch, wenn ein Arbeitsverhältnis beendet ist. Also genau prüfen, ob alles bezahlt wurde.

Kraftfahrer

Besonders kurze Verfallsfristen gelten für alle Beschäftigten im Güterbeförderungsgewerbe und im Kleintransportergewerbe: Die Ansprüche verfallen nach diesen Kollektivverträgen bereits nach drei Monaten. Das heißt für alle Fahrer von Transportfirmen bzw. im Kleintransportergewerbe, dass sie all ihre offenen Forderungen, wie etwa Überstunden oder Zuschläge, innerhalb von nur drei Monaten nach Fälligkeit bei ihrem Arbeitgeber schriftlich geltend machen müssen. Wer diese Frist versäumt, dessen Ansprüche sind erloschen. Der AK Tipp: Abrechnungen immer kontrollieren und rasch reagieren.

Gastgewerbe

Auch für Tourismusbeschäftigte ganz wichtig: Nicht zu lange warten, wenn Sie Ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung überprüfen lassen wollen. Denn im Gastgewerbe verfallen Lohnansprüche laut KV bereits vier Monate nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Also auf keinen Fall die Verfallsfrist versäumen und Ansprüche unbedingt schriftlich beim Arbeitgeber geltend machen! In der Praxis kommt es häufig vor, dass geleistete, aber nicht bezahlte Überstunden nach dem Ablauf von nur vier Monaten nicht mehr geltend gemacht werden können.

Überstunden nicht bezahlt

Fristen. Weil sie keinen Streit riskieren wollte, pochte eine Kellnerin nicht auf die Bezahlung aller Überstunden. Als sie kündigte, schaute sie größtenteils durch die Finger.



Renate ist Kellnerin. Sommer- wie Wintersaisons war sie seit Jahren beim gleichen Dienstgeber beschäftigt. Immer wieder fielen Überstunden an. Zu ihrem Leidwesen wurde ihr jedoch stets nur ein Teil davon ausbezahlt. Renate wollte nicht streiten, vor allem aus Angst, den Job zu verlieren. Dann entschied sie sich jedoch, selbst zu kündigen. Sie wollte einen Ganzjahresarbeitsplatz und verlangte ihre offenen Überstunden. Doch das war ein Irrtum. Ihr Chef verweigerte einen Großteil der Auszahlung mit der Begründung,

dass die Lohnansprüche verfallen seien. Und leider musste Renate auch vom AK Experten erfahren, dass im Gastgewerbe Entgeltansprüche für Überstunden verfallen, wenn diese nicht binnen vier Monaten nach Durchführung der Lohnabrechnung über deren Leistung schriftlich gegenüber dem Dienstgeber geltend gemacht werden.

Lohnansprüche verfallen mangels schriftlicher Geltendmachung nach vier Monaten, gerechnet ab Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Für Renate bedeutete dies, dass sie alle von ihr sauberlich und akribisch samt Begründung notierten Überstunden der letzten vier Monate vor ihrer Kündigung ausbezahlt erhielt, nicht jedoch jene davor.

Verfallsklauseln. Nicht bezahlte Ansprüche wie Lohn, Gehalt oder Überstunden verjähren grundsätzlich nach drei Jahren. Verfallsklauseln in Arbeits- oder Kollektivverträgen (KV) zielen darauf ab, diese gesetzliche Verjährungsfrist zu verkürzen. So kommt es häufig vor, dass geleistete, aber nicht bezahlte Überstunden nach dem Ablauf von nur wenigen Monaten nicht mehr eingefordert bzw. eingeklagt werden können. Lesen Sie daher in dem auf Ihr Arbeitsverhältnis anzuwendenden Kollektivvertrag nach und fordern Sie offene Ansprüche mittels eingeschriebenem Brief rechtzeitig ein!

AK Forderung. Vielen Arbeitnehmern ergeht es so wie Renate. Sie wagen keine Auseinandersetzung um unbezahlte Überstunden, aus dem einfachen Grund, dass sie Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Wenn die Fristen versäumt werden, bedeutet das, dass die Überstunden oft viele Monate gratis gemacht wurden. Deshalb fordert die AK die Abschaffung dieser kurzen Verfallsfristen. Damit würde die im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch festgesetzte dreijährige Verjährungsfrist gelten.

AK: Deine Rechte

Aus Beweisgründen immer selbst täglich minutengenaue Aufzeichnungen führen, wann und wie lange gearbeitet wurde, samt Arbeitspausen und Begründung der jeweiligen Mehr- oder Überstunden (Listen für Arbeitszeitaufzeichnungen unter ak-tirol.com).

Foto: marekmm/Fotolia.com

Alles zu Arbeitspapieren



Dienstzettel, Arbeitsbescheinigung, Arbeits- und Entgeltbestätigung, Lohn- und Gehaltsabrechnung, Arbeitszeugnis und Lohnzettel: Bei dieser Fülle noch den Überblick zu behalten, ist für viele Beschäftigte nicht einfach. Doch diese Papiere sind wichtig für Arbeitnehmer.

Im AK Falter „Arbeitspapiere“ finden Sie einen Überblick über Dokumente, die Ihnen zustehen, wenn Sie sich in einem aufrechten Arbeitsverhältnis befinden oder wenn dieses beendet wurde. Anzufordern ist der Falter kostenlos unter 0800/22 55 22 - 1432 oder steht als Download auf ak-tirol.com bereit.

Foto: F. Riab/Fotolia.com

Leiharbeiter unzufrieden



Foto: Michael Schütz/Fotolia.com

Das niedrige Einkommen und die schwierige berufliche Situation senken die Lebenszufriedenheit von Leiharbeitern drastisch. Das ist das Ergebnis des jüngsten Arbeitsklimaindex. 44 Prozent halten ihren Job für wenig bis gar nicht sicher. In Krisenzeiten sind Leiharbeiter meist die ersten, die wieder gehen müssen.

Was Betroffene zu Entlohnung, Arbeitszeit, Mitteilungspflicht und weiteren Schutzbestimmungen wissen sollten, steht im neuen AK Falter „Leiharbeit“. Er kann unter 0800/22 55 22 - 1432 angefordert oder auf ak-tirol.com heruntergeladen werden.

NEWS BROSCHÜREN

Was Minijobber wissen sollten

Wer derzeit brutto weniger als 405,98 Euro monatlich oder 31,17 Euro pro Tag verdient, gilt als geringfügig beschäftigt. Ein geringfügig Beschäftigter hat arbeitsrechtlich die gleichen Rechte wie ein Teil- oder Vollzeitbeschäftigter. Dazu zählen etwa Anspruch auf Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und das Recht auf Pflegefreistellung. Ebenso haben „Geringfügige“ – sofern wie in den meisten Fällen kollektivvertraglich vereinbart – Anspruch auf Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Für Minijobber gilt nur die gesetzliche Unfallversicherung (Arbeitsunfall, Berufskrankheit). Es gibt jedoch die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis um 57,30 Euro monatlich eine Kranken- und Pensionsversicherung abzuschließen. Der neue AK Falter „Geringfügige Beschäftigung“ gibt darüber Auskunft. Anzufordern unter 0800/22 55 22 - 1432 oder herunterzuladen auf ak-tirol.com

Infos zu Arbeits- und Ruhezeiten



Foto: Oksana Kuzmina/Fotolia.com

Von Überstunden spricht man dann, wenn Sie länger als die wöchentliche Normalarbeitszeit oder die tägliche Normalarbeitszeit arbeiten. Grundsätzlich beträgt die tägliche Normalarbeitszeit 8 Stunden und die wöchentliche Normalarbeitszeit 40 Stunden. Davon kann es aber zahlreiche Ausnahmen geben, so zum Beispiel die Verringerung der wöchentlichen Normalarbeitszeit auf 38,5 Stunden durch Kollektivvertrag oder die Vereinbarung eines zulässigen anderen Arbeitszeitmodells – etwa des „kurzen Freitags“ oder einer Gleitzeit. Die Grundregel lautet: Für jede geleistete Überstunde steht ein mindestens 50prozentiger Zuschlag zu. Wenn Zeitausgleich vereinbart wurde, erhalten die Beschäftigten pro Überstunde 1,5 Stunden Zeitausgleich. Achtung: Für Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit sind in vielen Kollektivverträgen höhere Zuschläge vorgesehen! Alle Details finden Sie im neuen AK Falter „Arbeitszeit und Ruhezeit“, kostenlos anfordern unter 0800/22 55 22 - 1432 oder herunterzuladen auf ak-tirol.com

Ein Leben für Tirol

Wir gratulieren Fritz Dinkhauser zum 75. Geburtstag. Im TAZ-Interview spricht er offene Tiroler Themen an.

TAZ: Wo müsste Ihrer Meinung nach ein Umdenken stattfinden?

Fritz Dinkhauser: Es bräuchte endlich einen Rechtsanspruch auf Arbeit und Beschäftigung. Dann ein Recht auf Bildung und natürlich ein Recht auf Wohnen. Diese drei Rechte gehören gesetzlich verankert. Wenn man Milliarden für Unsinnigkeiten ausgibt, dann muss es möglich sein, Geld für die Menschen zur Verfügung zu stellen, die es notwendig für eine Ausbildung oder eine ordentliche Wohnung brauchen. Besonders bedenklich ist, wie angesichts der zahlreichen Finanzskandale die Menschen im Land zur Kasse gebeten werden. Das ist einfach unverschämt.

TAZ: Wo würden Sie ansetzen?

Dinkhauser: Es gäbe genug Ansätze, wie man Abhilfe schaffen könnte. Ich erinnere nur an die Bildungsstudie der AK, die zeigte, dass über 1.000 junge Leute im Jahr ohne Schul- und Berufsabschluss bleiben, das ist völlig inakzeptabel. Und daraus ist auch die Forderung entstanden, dass kein Tiroler ohne Bildungsabschluss sein darf und dass der Klassenunterschied bei diesem Thema abgeschafft werden muss. Aber die politischen Verantwortlichen liefern hier ein völliges Armutszeugnis ab. Das Schlimmste ist aber das Problem der Arbeitslosigkeit, hier läuft viel falsch, auch Tirol hat leider abgewirtschaftet. Man sieht das auch an der „Flucht der Köpfe“ und daran, dass sich Unternehmen nicht gerade darum reißen, sich in Tirol anzusiedeln.

TAZ: Was ist Ihre Ansicht zum Thema teures Wohnen in Tirol?

Dinkhauser: Auch bei diesem Thema war die AK immer vorne dabei, wenn es um Vorschläge und Konzepte ging. Sie hat ja mit ihrer jüngsten Resolution den Finger in die offene Wunde gelegt und drängt darauf, dass endlich Bewegung in das Thema kommt. Es kann doch nicht sein, dass permanent Mittel gehortet werden oder in die falschen Kanäle fließen, anstatt sie für eine längst überfällige Bauof-



Fritz Dinkhauser. „Ich frage mich heute oft, wo die christlichen und sozialen Wurzeln mancher Politiker geblieben sind.“

fensive zu verwenden. Man könnte jetzt die Gunst der Stunde nutzen und auf die Millionen pochen, die auf Bundesebene für den Wohnbau zur Verfügung gestellt werden. Aber es passiert wiederum nichts, obwohl ein Mehrangebot auch die Preise senken würde.

„Es bräuchte Politiker mit größeren Köpfen und nicht welche mit langen Fingern.“

Fritz Dinkhauser

TAZ: Wie sehen Sie die Entwicklung unserer Gesellschaft?

Dinkhauser: Leider bestimmen nach wie vor einzelne Gruppen, wo es langgeht, die Politik hat sich hier

zum Erfüllungsgehilfen meist ganz persönlicher Interessen gemacht. Das zeigt auch, warum die Bürger nichts zu sagen haben, und das bedrückt mich sehr. Denn es wäre so wichtig für das Land, wenn es wehrhafte Leute geben würde, die auch von ihrem Recht zu wählen Gebrauch machen. Der Mut zum Risiko hat dieses Land groß gemacht, der Mut zum Gestalten und um das Land vorwärts zu bringen. Dieser Mut geht mir heute ab. Die Wiedereinführung der Wahlpflicht ist mir dabei ein besonderes Anliegen. Die Menschen dürfen nicht vergessen, wie schwer es war, ein Recht auf Wahlen durchzusetzen, und sie dürfen nicht auf ihr demokratisches Grundrecht verzichten und in Resignation verfallen. Dadurch profitieren immer nur die, die am stärksten sind, und so verändert sich natürlich nichts im Land.

ZUR PERSON

Fritz Dinkhauser, geboren am 16. April 1940 in Innsbruck, begann seine politische Laufbahn 1964 als Landessekretär der jungen Generation der ÖVP Tirol. 1971 wurde er Landessekretär des AAB Tirol. Von 1984 bis 1993 war Dinkhauser Obmann der Tiroler Gebietskrankenkasse. Seit 1979 war er Kammerpräsident in der Arbeiterkammer für Tirol, wo er ab 1985 Vizepräsident und von 1991 bis 2008 Präsident war. 1993 erlangte Dinkhauser den Posten des Vizepräsidenten der Bundesarbeitskammer und wurde 1994 Fraktionsvorsitzender des ÖAAB. Von 2005 bis 2008 war er stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. 2008 gründete Dinkhauser die Liste Fritz Dinkhauser-Bürgerforum Tirol, mit der er zur Tiroler Landtagswahl antrat und 18,35 % der Stimmen erhielt. Mit der Gründung des Bürgerforums erlosch auch Dinkhausers Mitgliedschaft in der ÖVP. Nach der Landtagswahl 2013 übergab Dinkhauser die Klubobmannschaft an Andrea Haselwanter-Schneider, gilt jedoch nach wie vor als graue Eminenz der Tiroler Politik.



TAZ: Könnte man Tirol wieder auf die Überholspur bringen?

Dinkhauser: So, wie es derzeit läuft, sicher nicht. Ich vermisse Visionen und Perspektiven, etwa eine Tirol-Agenda 2015 – 2050. Man müsste doch alle einladen, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um dem Land wieder Impulse zu geben. Wo sind die politischen Lösungen auf die brennenden Fragen zum Wohnen, zur Bildung oder zur Arbeit? Hier frage ich mich oft, wo die christlichen und die sozialen Wurzeln mancher Politiker geblieben sind. Es kann nicht sein, dass sich das politische Selbstbewusstsein im Land auf den Torso Brennerbasistunnel beschränkt, wo die Zulaufstrecken fehlen und Milliarden verschleudert werden, ohne zu wissen, was das Projekt bringen wird. Man sieht aber an diesem Beispiel, dass Geld da wäre, es ist nur völlig falsch verteilt und versickert in den falschen Kanälen. Das, was für die Menschen letztlich übrigbleibt, ist viel zu wenig.

TAZ: Was sind Ihre Wünsche für die Zukunft des Landes?

Dinkhauser: Wir brauchen Perspektiven und müssen dem Land wieder Mut machen, denn in punkto Entwicklung sind wir im europäischen Vergleich enorm zurückgefallen. Früher hat man Österreich als Musterbeispiel in Europa herumgereicht, mittlerweile sind wir auf dem besten Weg, das komplette Gegenteil zu werden. Um das zu ändern, bräuchte es aber auch Politiker mit größeren Köpfen und nicht welche mit langen Fingern. Politiker müssen sich wieder zum Bürger hin orientieren, sie müssen sich für die Probleme der Menschen einsetzen und dafür sorgen, dass Österreich bei Wirtschaft, Arbeit oder Bildung wieder eine Zukunft hat. Hier liegt meine Hoffnung weiterhin auf dem positiven Wirken der Arbeiterkammern, die ich nach wie vor als Fels in der Brandung sehe, wenn es um die Anliegen der Menschen geht.

GEWINNEN MIT DER AZ

Mitmachen & gewinnen.

Wenn Sie für eine der Vorstellungen am 8. oder 13. August Karten für je zwei Personen gewinnen wollen, mailen Sie an ak@tirol.com, schicken ein Fax an 0512/5340 – 1290 oder schreiben an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Stichwort: „Operettensommer“.

Name, Adresse und den gewünschten Termin angeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablöse möglich.



OPERETTENSOMMER

IM WEISSEN RÖSSL

Der Operettensommer Kufstein ist bereits seit Jahren Garant für beste Unterhaltung und bietet auch heuer wieder ein musikalisches Highlight: Mit Ralf Benatzkys Revue-Operette „Im Weißen Rössl“ steht ein wahrer Evergreen und eine der erfolgreichsten Operettenproduktionen aller Zeiten auf dem heurigen Spielplan. Melodien wie „Im Weißen Rössl am Wolfgangsee“, „Es muss was Wunderbares sein“ oder „Was kann der Sigismund dafür“ gingen – auch aufgrund zahlreicher Verfilmungen – um die Welt und bezaubern noch 85 Jahre nach der Uraufführung das Publikum. Gerade in der beeindruckenden Kulisse der

Festung Kufstein wird das Erfolgsstück rund um den Zahlkellner Leopold ein besonderes Erlebnis werden, wenn er sich in die Rössl-Wirtin Josepha Vogelhuber verliebt und sie nach reichlich Liebesschmerz für sich gewinnen kann. Dafür werden auch das spielfreudige Ensemble, das exzellente Orchester und die prachtvollen Kostüme sorgen.

Deshalb versuchen Sie Ihr Glück nach dem Motto „Zuschau'n kann i net“: Nehmen Sie am Gewinnspiel der Tiroler Arbeiterzeitung teil (siehe „Mitmachen & gewinnen“ links) und gewinnen Sie je zwei Karten für die Vorstellungen am 8. oder 13. August!

CHECK INTERNATIONAL

AK Reutte: Infos für Grenzgänger

Die AK Reutte veranstaltet am Montag, 11. Mai, um 19 Uhr einen kostenlosen Infoabend für Grenzgänger zwischen Tirol und Bayern und solche, die diesen Schritt wagen möchten. Interessierte erfahren das Wichtigste aus arbeits-, sozial- und steuerrechtlicher Sicht dies- und jenseits der Grenze. Darüber hinaus wird über die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Familienleistungen in zwei Staaten und über die Jobsuche im Nachbarstaat informiert. Im Anschluss werden Fragen beantwortet und die Expertinnen und Experten stehen für Einzelgespräche zur Verfügung. Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 – 3650 oder reutte@ak-tirol.com

Arbeiterkammer erkämpft

Rat und Tat. Unbezahlte Überstunden leisten, im Kaufvertrag dubiose Vereinbarungen unterschreiben, Probleme bei der Pension – wer hilft mir weiter? Zum Glück gibts die AK Profis.

INTERN AK BILANZ 2014

ARBEITSRECHT

Krach in der Firma, Streit ums Geld, eine Frage zum neuen Dienstvertrag? Die AK Experten kämpfen für die Rechte der Arbeitnehmer, notfalls auch vor Gericht.

Die erste und kompetente Anlaufstelle bei Fragen und Problemen rund ums Arbeitsrecht ist die AK Tirol. 40 Arbeitsrechtsprofis der AK in Innsbruck und den acht Bezirkskammern sind für Sie da. Quer durch alle Bereiche des Arbeitsrechts gehen die Fragen, von Lohnabrechnung und Überstunden über Krankenstand oder Pflegefreistellung bis hin zu Kündigung, Entlassung und Abfertigung.

„Mit ihrem Einsatz und ihrer Kompetenz holen die AK Mitarbeiter für unsere Mitglieder die Kastanien aus dem Feuer, wenn deren Rechte missachtet werden“, fasst AK Präsident Erwin Zangerl zusammen.

Drei Viertel der Ratsuchenden erhalten gleich am Telefon die gewünschte Auskunft. Wenn es kompliziert wird, heißt es die Sach- und Rechtslage genau prüfen, Ansprüche kontrollieren und neu berechnen, schreiben, intervenieren, verhandeln und im Notfall vor Gericht gehen. Kaum jemand prozessiert gern, viele könnten es sich gar nicht leisten. Andererseits geht es meistens um Geld, das den Beschäftigten zusteht, für das sie bereits hart gearbeitet haben und das sie auch benötigen. Dann ist es besonders beruhigend zu wissen, dass es den AK Rechtsschutz gibt.

Die Rekordarbeitslosigkeit setzt die Tiroler Beschäftigten enorm unter Druck. Viele müssen bei den AK Beratungen erfahren, dass sie

unfair behandelt werden oder dass ihre Lohn- und Überstundenabrechnungen nicht stimmen. Dennoch wagen es viele nicht, sich dagegen zu wehren, aus Angst um ihren Arbeitsplatz. Diese Situation nutzen schwarze Schafe unter den Unternehmen schamlos aus. „Das geht jedoch nicht nur zu Lasten der Arbeitnehmer, sondern auch zu Lasten jener Unternehmer, die sich korrekt verhalten“, analysiert Zangerl.

Oft kommen die Betroffenen erst nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in die AK. Hier besteht die Gefahr, dass Ansprüche zu spät geltend gemacht werden und aufgrund kurzer Fristen bereits verfallen sind.

KONSUMENTENSCHUTZ

Vom Hotel, das so gar nicht dem gebuchten entsprach, über horrenden Bankspeisen bis hin zu diversen Kostenfallen: Wieder griffen die AK Konsumentenschützer in vielen verzwickten Situationen ein. „Lässt man die Fälle Revue passieren, in denen sich tausende verzweifelte Tiroler im letzten Jahr an unsere Experten gewandt haben, kann man nur noch ungläubig den Kopf schütteln“, ist AK Präsident Erwin Zangerl erschüttert von der Abgebrühtheit, mit der die Betroffenen um ihr Geld gebracht werden sollten. Und nackte Zahlen sprechen dafür, dass dem Erfindungsreichtum keine Grenzen gesetzt sind.

Ganz oben auf der Hitliste der Beschwerden stehen Ärger mit Geld & Co.: Fallen im Internet, Probleme mit der Spesen- und Gebührenpraxis von Banken, überhöhte Telefonrechnungen, unseriöse Keilereien, dubiose Gewinnspiele und fragwürdige Inkasso-Forderungen. Aber auch Mängel bei Reisen, irreführende Verträge oder Ärger mit dem Kleingedruckten: Die Probleme der Konsumenten werden immer komplexer, die Sachver-

halte immer komplizierter. Für die Lösung ist professionelle Unterstützung nötig: Der Konsumentenschutz der AK Tirol. Er deckt ein weites Feld ab. Denn immer mehr schwarze Schafe nutzen die Unwissenheit der Konsumenten schamlos aus. Information und Beratung werden daher immer wichtiger und sind für AK Mitglieder kostenlos.

HILFE IM ALTER

Vom Arbeitsleben in den wohlverdienten Ruhestand zu treten, ist für viele Beschäftigte schwer genug. Bei den AK Sozialrechtsexperten sind Mitglieder gut aufgehoben, etwa wenn es um Pensionsfragen oder ums Pflegegeld und die Einstufung geht. Da werden Unterstützung und Hilfe groß geschrieben. Denn die Profis der AK helfen mit Beratung, Information und notfalls kostenloser Vertretung vor Gericht.

Die größte Anzahl der Rechtsstreitigkeiten betrifft Verfahren wegen Gewährung einer Pension aus gesundheitlichen Gründen. Immerhin bei mehr als 2.000 solcher Verfahren pro Jahr stehen die AK Juristen zur Seite. Natürlich gibt es auch bei einer Vertretung durch die AK keine Erfolgsgarantie, aber die Betroffenen können sich sicher sein: Die zuständigen Juristen setzen ihre Fähigkeiten und ihre rechtliche Kompetenz in jedem Einzelfall voll ein.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist das Pflegegeld inklusive der Einstufung. Aber nicht immer werden die Pflegebedürftigen richtig eingestuft. Auch hier hilft die AK: Zum einen mit dem Pflegetagebuch, das pflegenden Angehörigen beim Dokumentieren des tatsächlichen Aufwands hilft. Andererseits sind die AK Juristen vor dem Sozialgericht bei Einstufungsprozessen für das Pflegegeld behilflich, und das pro Jahr im Schnitt in 400 Fällen!

Täglich 1.300 Beratungen

324.850

Alein im letzten Jahr haben die 140 AK Expertinnen und Experten insgesamt 324.850 Beratungen durchgeführt, also rund 1.300 täglich! Mehr als 75.000 fanden persönlich statt, 236.000 telefonisch und 13.500 schriftlich. Zudem konnte die AK Tirol mehr als 15 Millionen Euro für ihre Mitglieder erkämpfen. Hinzu kommen hunderte Millionen, die sie sich dank Beratung oder rechtzeitiger Intervention erspart haben. Ohne Kammer wärs ein Jammer!

Probleme im Arbeitsleben

Die Arbeitswelt wird immer rauer. Umso wichtiger ist die schlagkräftige juristische Einsatztruppe: Im letzten Jahr haben die 40 Arbeitsrechtsprofis mehr als 112.500 Beratungen geleistet, 31.840 persönlich, 77.900 telefonisch und knapp 3.000 schriftlich. Dadurch konnten den Tiroler Beschäftigten rund 14 Millionen Euro zurückgegeben werden. Geld für Leistungen, die sie zwar erbracht haben, die ihnen von manchen schwarzen Unternehmenschafen jedoch vorenthalten worden sind.

112.570

Pension, Krankheit und Pflegegeld

49.520

Bei den AK Sozialrechtsexperten sind Mitglieder gut aufgehoben, etwa wenn es um Pensionsfragen oder ums Pflegegeld geht. Dabei helfen die Profis der AK mit Beratung, Information und notfalls kostenloser Vertretung vor Gericht. Im letzten Jahr wurden die AK Mitglieder 49.520 Mal beraten, davon 12.960 persönlich, 35.610 telefonisch und 950 schriftlich. Insgesamt wurden 2.298 Arbeitnehmer vor Gericht vertreten und 1.800 Betroffenen wurde Rechtsschutz gewährt.

WAS TUN?

Hilfe beim Geld sparen



Um seine Steuerangelegenheiten optimal zu erledigen, muss man kein Finanzexperte sein. Die Steuerspezialisten stehen allen AK Mitgliedern kostenlos zu Verfügung. Hier erfahren Sie z. B., wie Sie als Arbeitnehmer Abschreibungsmöglichkeiten voll ausnützen können und ob, bzw. wie viel Einkommensteuer (bei Nebeneinkünften) Sie zahlen müssen oder wie Berufungen, Raten- und Stundungsansuchen zu formulieren sind. Sie erhalten Auskunft über Steuerbefreiungen und -vergünstigungen, Informationen zum Alleinverdienerabsetzbetrag, Überprüfungen von Steuerbescheiden, Jahressechstel, Pendlerpauschale etc. AK Steuerhotline: 0800/22 55 22 - 1466

PROJEKTE IN EUROPA

Jugend – Unsere Zukunft



Bereits jeder fünfte Junge unter 25 Jahren in Europa ist arbeitslos. Auch vor Tirol hat dieses Problem nicht Halt gemacht. Junge Menschen verpassen immer häufiger den Berufseinstieg, müssen sich in Praktika und prekären Arbeitsverhältnissen herumschlagen und können immer später eine eigene Existenz gründen. Die Arbeiterkammer Tirol schenkt der Generation Jugend ein besonderes Augenmerk. In zahlreichen AK Projekten haben Jugendliche die Möglichkeit, sich im Ausland neu zu orientieren, sich neues Fachwissen, eine zusätzliche Sprache und soziale Kompetenzen anzueignen. Die Projekte dazu heißen „Tiroler auf der Walz“, „Rü-

ckenwind“ und „AK goes international“. Daneben gibt es eine Fülle von Angeboten in den Schulen für alle Schultypen und Altersgruppen. Von den Wirtschaftsplanspielen bis zur vorbeugenden Schuldenberatung und Berufsorientierung reichen hier die erfolgreichen Projekte, über die pro Jahr mehr als 6.000 Schüler erreicht werden. Um die Schule positiv abzuschließen, bietet die AK professionellen Nachhilfunterricht im Sommer, in den Semester- sowie in den Osterferien.

Für junge Menschen von 7 bis 15 Jahren gibt es darüberhinaus im Sommer die beliebte AK Kinderferienaktion. Tel: 0800/22 55 22 - 1212 oder 1515

e Millionen für die Tiroler!



Kampf gegen Abzocke, Kostenfallen & Co.

73.070

Pro Jahr führen die Konsumentenschützer der AK Tirol in Innsbruck und in den acht Bezirkskammern rund **73.000 Beratungen** durch. Das entspricht **mehr als 290 Kontakten täglich**. In knapp **12.000 persönlichen** Beratungen und mehr als **56.000 Telefonkontakten** wurde aufgeklärt und informiert, um die Rechte der Arbeitnehmer durchzusetzen. In **rund 2.500 Fällen** konnten damit außergerichtlich **knapp 800.000 Euro** für die Mitglieder erkämpft werden.

Die eigenen vier Wände

18.740

Die Wohn- und Mietrechtsexperten der AK Tirol halfen in **18.740 Fällen**, davon **13.900 telefonisch**, **4.230 persönlich** und **610 schriftlich**. Es kam zu **540 Interventionen**, **zwei Abmahnungen** mit 45 unzulässigen Klauseln in Verträgen, **zwei Verbandsklageverfahren** und **einem Konventionalstrafverfahren**. Vor allem gab es Fragen zu Mietverträgen, Bauträger- und Wohnungseigentumsverträgen, Maklerprovisionen, Betriebs- und Heizkostenabrechnungen oder zu Kautionen.

Ganz nah für die AK Mitglieder da!

129.570

Andere zentralisieren, die AK hat regionalisiert. Sie ist in allen Bezirken mit eigenen Bezirkskammern vertreten – in Lienz, Kitzbühel, Kufstein, Schwaz, Telfs, Imst, Landeck und Reutte. Hier erhalten die Mitglieder vor Ort bestes Service sowie kompetente Beratung und Hilfe. Insgesamt **129.570 Beratungen** wurden im letzten Jahr in den Bezirkskammern registriert, davon **38.700 persönlich**, **86.660 telefonisch** und **4.270 schriftlich**.

BEIHILFEN

Für Schüler, Lehrlinge, Studenten



Im Bereich der Bildungsbeihilfen hat die AK Tirol im Jahr 2014 rund **1,6 Millionen Euro** für **2.721 Schüler, Lehrlinge und Studenten** ausgegeben. Zu den Bildungsbeihilfen zählen: Beihilfen für Lehrlinge oder vergleichbare Ausbildungen; Beihilfen für Schüler ab der 9. Schulstufe und Studenten an österreichischen Universitäten und Hochschulen sowie spezielle Förderungen bei Studienteilen im Ausland; Beihilfen für das Nachholen von Bildungsabschlüssen und Beihilfen für PC-Grundlagenkurse sowie günstige Wohnmöglichkeiten für auswärtige Jugendliche in Ausbildung im Kolpingheim Innsbruck. Tel: 0800/22 55 22 - 1515

IMMER FÜR SIE DA

Rat und Tat in den Bezirken



In den letzten Jahren wurden die AK Bezirkskammern zu Dienstleistungszentren ausgebaut und mit Mitarbeitern verstärkt, um noch schneller helfen zu können. Wie wichtig und richtig diese Entscheidung war, zeigt sich ebenfalls in den tausenden Anfragen und Besuchen der AK Mitglieder: Knapp **40 Prozent** aller Kontakte fanden bereits in einer der acht Bezirkskammern in Imst, Kitzbühel, Kufstein, Landeck, Lienz, Reutte, Schwaz und Telfs statt. Wie dringend die Arbeitnehmer ihre Arbeiterkammer brauchen, zeigt sich auch an ihrer hohen Zufriedenheit. Die AK genießt in der Bevölkerung das höchste Vertrauen von allen Einrichtungen.

AK HILFT

370 Millionen

Österreichweit steht die AK **3,3 Millionen Beschäftigten** zuverlässig zur Seite. Durch die AK Beiträge erhalten die Mitglieder eine Vielzahl an Leistungen: **2 Millionen Mal** wurden sie arbeitsrechtlich, steuerrechtlich und sozialrechtlich beraten. **370 Mio. Euro** hat die AK für ihre Mitglieder bei der Vertretung gegenüber Firmen und Behörden herausgeholt. Davon in Insolvenzverfahren **rund 293 Mio. Euro**, vor Gericht **rund 41 Mio. Euro**, außergerichtlich **rund 36 Mio. Euro**. Die AK nimmt jedes Jahr zu **mehr als 400 Gesetzen und Verordnungen** im Sinne der Arbeitnehmer Stellung.

Wenn Leistungsdruck krank macht

Studie. Stress verursacht enorme Kosten für alle und hohes Leid: Bereits 44 % der Beschäftigten sind davon betroffen! Betriebe müssen noch stärker für gesunde Arbeitsbedingungen sorgen.

Psychische Krankheiten sind in manchen Büros schon die Hauptursache für Krankenstand – häufiger als Rückenschmerzen und Erkältungen. Die aktuellen Ergebnisse des Arbeitsklima Index zum Thema Stress sind erschreckend: 44 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich leiden unter Stress, der sie häufig auch krank macht. Und sie kommen im Beruf immer öfter an die Grenzen ihrer körperlichen und seelischen Belastbarkeit.

Milliardenschaden. Diese Zahlen gelten auch für den europäischen Raum. Stress am Arbeitsplatz ist das zweithäufigste arbeitsbedingte Gesundheitsproblem in Europa. Zusammen mit anderen psychosozialen Risiken verursacht er mehr als die Hälfte aller Krankenstandstage und direkte und indirekte Kosten in Milliardenhöhe.

Schwierige Kunden und Zeitdruck setzen die Mitarbeiter besonders unter Strom. „Ich habe noch kaum mit dem einen Auftrag begonnen, schon bringt der Chef die nächsten Aufgaben“, oder

„Was wir früher zu dritt im Team gemacht haben, muss ich jetzt ganz alleine meistern“. Diese Aussagen sind symptomatisch für den Druck, dem Arbeitnehmer am Arbeitsplatz ausgesetzt sind. Die aktuelle Auswertung des Arbeitsklima Index, bei dem 1.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Österreich befragt wurden, ist erschreckend: Fast die Hälfte der Beschäftigten leidet in ihrer

beruflichen Tätigkeit unter Zeitdruck. Mehr als ein Drittel arbeitet unter ständigem Arbeitsdruck und hat keine Zeit zum Verschnaufen. 44 % fühlen sich durch andauernd hohe Konzentration belastet.

Mehr als jeder Fünfte gibt an, dass die Freizeit durch berufliche Verpflichtungen unterbrochen wird. Mehr als zwei Drittel klagen über Stress im Alltag, der sich aus Berufstätigkeit und arbeitsfreien Phasen ergibt. Insgesamt gaben von allen Befragten 44 % an, sehr stark oder stark von Stress betroffen zu sein. Vor allem die Berufsgruppen der medizinischen

Pflegekräfte, der Berufsfahrer und der Erzieher und Lehrer sind nach eigenen Angaben durch Stress belastet.

Überstunden und Stress. Großen Einfluss hat die Arbeitszeit. Beschäftigte, die mehr als 45,5 Stunden pro Woche arbeiten, und Arbeitnehmer, die häufig Überstunden machen, sind deutlich stärker durch Stress belastet. Die AK fordert deshalb kürzere Arbeitszeiten und weniger Überstunden.

Verantwortung für Betriebe. AK Präsident Erwin Zangerl appelliert an die Betriebe, ihrer gesetzlichen Verantwortung nachzukommen: „Die Firmen müssen wirksame Maßnahmen umsetzen, damit die Beschäftigten ihre Arbeit gesund bis zur Pension ausüben können.“ Seit Anfang 2013 ist im Arbeitnehmerschutzgesetz verpflichtend die Evaluierung von psychischen Belastungen vorgesehen. Zangerl: „Das muss jetzt angegangen werden. Dazu gehört auch eine verbesserte Ausstattung des Arbeitsinspektorats mit mehr Ressourcen und Kompetenzen.“



Druck von allen Seiten. Bereits 44 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich leiden unter Stress.

BERUFSBILD FRISEUR UND PERÜCKENMACHER

Lehrzeit: 3 Jahre | Ort: Tiroler Fachberufsschule für Schönheitsberufe, Innsbruck

Lara und Janine lernen beim Friseursalon Degler in Innsbruck den Lehrberuf der Friseurin und Perückenmacherin. Sie befinden sich im ersten Lehrjahr, Janine hat bereits die erste Klasse Berufsschule besucht.

Friseure sorgen für die professionelle Durchführung der Haut- und Haarpflege. Es ist Aufgabe, die jeweiligen Modetrends zu kennen und gemäß dem Kundenwunsch entsprechend umzusetzen. Die Beratung der Kunden spielt dabei eine große Rolle und es ist auf die individuelle Beschaffenheit der Haare, der Kopf- und Gesichtsform sowie des Persönlichkeitstyps Rücksicht zu nehmen. Daher müssen Friseure Freude am Umgang mit Kunden haben und sollten möglichst redigewandt sein. Zudem sind handwerkliches Geschick, Kreativität, gepflegtes Aussehen sowie entsprechende Fingerfertigkeit Voraussetzung. Da die Arbeit großteils im Stehen erledigt wird, ist eine gute physische Ausdauer ebenfalls von Vorteil.

Die Haarpflege beginnt meist mit der Haarwäsche. Anschließend stehen viele Pflege- und



Ausbilder Wolfgang bespricht mit Janine und Laura den Ausbildungsplan.



Janine berät die Kunden und koordiniert den Terminkalender des Salons.



Eine fachkundige Haarwäsche sorgt für Entspannung.



Extensions und Modemagazine: Als Friseurin muss man immer uptodate sein.



Die Schönheitspflege will auch gelernt sein.



Beim Arbeiten mit Lockenwicklern.



Übung macht den Meister.

Färbetechniken sowie Schnittmöglichkeiten zur Verfügung. Diese beinhalten zum Beispiel die Gestaltung von Tages-, Abend- und Festfrisuren, verschiedene Einlege- und Föhn-techniken sowie die Anfertigung und Pflege von Haarteilen. Bei der Haut- und Schönheitspflege gestalten die Lehrlinge das passende Make-Up, färben und formen Augenbrauen und Wimpern oder bringen Bärte in die richtige Form.

Durch die häufig wechselnden Modetrends und die Entwicklung neuer Techniken ist eine ständige Weiterbildung notwendig.

Lara und Janine haben ihren Traumberuf gefunden und freuen sich auf weitere spannende Jahre in ihrem Lehrbetrieb.

AK LEHRLINGSREPORTER

INFOS LEHRE & LERNEN

Lehrabbruch: Was nun?

Beim AK Workbrunch für Lehrlingsausbilder am Do. 16. April von 9 bis 12 Uhr im BFI Innsbruck, Ing.-Etelz-Strasse 7, gehts um das Thema „Lehrabbruch als Risiko oder Chance“. Nach dem Gastvortrag von Dr. Andreas Frey von der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit Mannheim gibt es einen AK Input zu den rechtlichen Aspekten des Auflösens. In einem Filmbeitrag melden sich Jugendliche zu Wort. Anschließend kommen Experten von AMS, AK Tirol und Lehrlingscoaching mit den Teilnehmern ins Gespräch. Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 - 1566 oder jugend@ak-tirol.com

Lernen leicht gemacht



Foto: picture Factory/Fotolia.com

Du bist klüger als Du glaubst, Du musst nur wissen, wie Du richtig lernst. Von Experten erfahren Schüler, Eltern, Studenten und Arbeitnehmer, wie es klappt. Dazu gibt es die besten Tipps nach neuesten Erkenntnissen der Gehirnforschung samt praktischer Umsetzung. So lernst man lernen. Für Schule, Beruf und Alltag. Am Do. 16. April, 19 Uhr, in der AK Tirol in Innsbruck. Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 - 1515 oder bildung@ak-tirol.com

Gib mir deine Daten, Kleine(r)!

Datenschutz. Egal ob Facebook, Google oder Amazon – die US-Internetriesen wissen mehr über uns, als uns lieb sein sollte. Denn für ihre zahlreichen Services bezahlen wir vor allem mit einem: mit unseren Daten.



Vernetzte Welten. Der Leitsatz „Was ich nicht angebe, kann keiner wissen“ ist heute längst überholt. Und das Geschäft mit unseren Daten boomt weiter.

Die Macht der Netzgiganten

Wie ausgeprägt die Markstellung der US-Giganten ist, lässt sich anhand einiger Zahlen eindrucksvoll darstellen: So nutzen etwa 1,3 Milliarden Menschen weltweit die Social-Media-Plattform Facebook, in Österreich sind es laut statista.com derzeit 3,4 Millionen User – rund 40 Prozent der Bevölkerung. Die Suchmaschine Google wird sogar von 95 Prozent der österreichischen Internetuser genutzt, Auskünfte, wieviele Suchanfragen hierzulande aufgegeben werden, gibt Google Österreich jedoch nicht. Und auch Amazon lässt sich mit wenigen Worten zusammenfassen, als der weltweit größte Internethändler, der auch in Österreich eine dominierende Stellung einnimmt (laut einer Umfrage von Marketagent haben 2014 85% der Konsumenten amazon.at besucht, 72% haben dort eingekauft). Mit dieser beherrschenden Markstellung kontrollieren Google, Facebook und Amazon auch den weltweiten Datenmarkt mit.

Mehr dazu finden Sie in den aktuellen Ausgaben des AK Konsument.

CHECK DATENRIESEN

Google liest mit, Facebook liest mit und auch der Internethändler Amazon lässt es sich nicht nehmen, weit mehr von uns zu erfahren, als nur unsere Kontodaten. Und die Sammelwut kennt keine Grenzen, denn das Geschäft mit unseren Daten bringt Milliarden Gewinne. So hat sich etwa Facebook zu einer der größten Werbemaschinen weltweit entwickelt, die uns immer noch gründlicher ausspioniert.

Das Zauberwort dafür lautet „Nutzungsbedingungen“, die je nach Bedarf geändert bzw. angepasst werden. Die Texte dazu sind in der Regel lang und kompliziert, sodass kaum ein User sie liest und weiß, wofür er seine Zustimmung gibt. Dies zeigt auch das Beispiel des englischen Online-Shops „Game Station“, der einen Tag

lang in seinen Bestimmungen festhielt, dass jeder Kunde seine Seele an den Shop verkauft. Fazit: Keiner von 7.500 Kunden beschwerte sich darüber.

Diese von den Unternehmen beabsichtigte Überforderung führt zu einer Verdrängungshaltung beim Konsumenten: Das alles wäre nicht so schlimm, schließlich würden es Millionen andere auch so machen. Und die Rechnung, die die Datenriesen anstellen, geht auf: Immer wieder greifen sie durch eine neue Hintertür Daten ab oder beglücken Kunden mit unerwünschter Werbung solange, bis der Konsument entnervt aufgibt und die Konsequenzen verdrängt.

Beispiel Facebook. Einer, der seit Jahren einen Kampf gegen den Datenklau von Facebook führt, ist der Salzburger Jurist Max Schrems. Auch wenn es bisher Achtungserfolge gab, scheint der Kampf seiner Initiative „europe-v-facebook.org“ ein Kampf gegen Windmühlen. Zwar ist das europäische Da-

tenschutzrecht nicht mit dem US-amerikanischen vergleichbar, aber es zeigt sich deutlich, wie sehr die US-Datenriesen auch hier den europäischen Markt beherrschen. So sitzt die wichtigste Datenschutzbehörde Europas in Irland, das auch Standort für die wichtigsten amerikanischen IT-Unternehmen ist, die wiederum ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für das Land sind. Es verwundert somit auch nicht, wenn Schrems zahlreiche Belege vorweisen kann, wie man verhindern will, dass sich Datenschutz nach europäischen Standards durchsetzt. Die globalisierte und vernetzte Welt lässt auch hier grinsen, geht es doch um Milliardenereinnahmen bzw. -gewinne.

„Too big to fail.“ Dabei wird nach europäischen Richtlinien in Social-Media-Netzwerken wie Facebook regelmäßig das Grundrecht auf Datenschutz verletzt, teilweise in eklatanter Weise. Denn gleicht etwa ein User die Kontakte in sei-

nem Netzwerk mit jenen im Smartphone ab, dann sammelt Facebook eMail-Adressen, Rufnummern und mehr gleich mit – und das von Personen, die nicht einmal auf Facebook angemeldet sein müssen und somit

auch keine Zustimmung gegeben haben, ihre Daten zu nutzen. Konsequenzen sind für die Unternehmen keine zu erwarten, haben sie doch einen Status erreicht, der als „too big to fail“ bezeichnet wird.

Für Konsumenten ergibt sich damit ein schwieriges Problem, ihre Daten zu schützen, allerdings: Man kann bei Facebook in den Privatsphäre-Einstellungen auf eine minimale Auswertung der persönlichen Daten zu Werbezwecken setzen, man kann zudem Programme wie Adblock, Tor oder Ghostery verwenden, die das Mitlesen von Dritten verhindern, man kann auch auf andere als von Google angebotene Dienste zurückgreifen (Yahoo, GMX, Open Street Map o. ä.). Ebenso empfiehlt es sich, Cookies (auf der Festplatte gespeicherte Minidateien) regelmäßig zu löschen oder sie überhaupt abzuweisen.

Generell sollten sich Nutzer überlegen, was sie von sich preisgeben, denn das Netz vergisst nie, und der Datenmarkt ist ein Markt, der Milliarden Gewinne bringt.

Max Schrems in der Tiroler AK finden Sie auch auf youtube unter AK Tirol Max Schrems



Foto: Lukas Beck

Noch mehr Informationen, wie Facebook und andere Internetriesen auf unsere Daten zugreifen und was man dagegen tun kann, gibt es auch im Buch von Max Schrems „Kampf um deine Daten“ (edition a, Wien 2014).

Gewinnen mit der AK. Wer eines von zehn Exemplaren dieses Buchs gewinnen und mehr wissen will, schickt ein eMail samt Adresse mit dem Betreff „Max Schrems“ an ak@tirol.com

PODIUMSDISKUSSION

Dumpstern und Foodsharing

Dumpstern sind Personen, die ein Zeichen gegen die Verschwendung von Nahrungsmitteln setzen, indem sie weggeworfene Lebensmittel aus Containern von Supermärkten „retten“ und konsumieren. Bei der Podiumsdiskussion „Dumpstern, Foodsharing, Lebensmittelinitiativen – Verantwortungsvoller Umgang mit Nahrungsmitteln oder Symptombekämpfung?“ werden wichtige Fragen dazu beantwortet: Welchen Wert hat Dumpstern und Foodsharing für Lebensmittel und Konsumenten? Was muss sich bei der Lebensmittelproduktion ändern, damit Müll erst gar nicht entsteht? Verändern die Aktivitäten das System der Lebensmittelerzeugung?

Die kostenlose Veranstaltung findet am Mittwoch, 29. April, um 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck statt. Es diskutieren Heinz Gstir (Bio vom Berg), Elisabeth Senn (Slow Food Tirol/Transition Tirol), Laurin Mackowitz (selbständiger Lebensmittelretter) und Jutta Sundermann (Aktion Agrar/ Attac). Moderation: Univ.-Prof. Dr. Markus Schermer, Institut für Soziologie, Universität Innsbruck.

Anmeldung erbeten unter Telefon 0800/22 55 22 – 1480.

Die Podiumsdiskussion findet im Rahmen der neuen gemeinsamen Vortragsreihe „Ernährung und alternatives Wirtschaften“ von Arbeiterkammer Tirol und Attac Tirol statt.

INFOABEND KUFSTEIN

Wer weiter denkt, kauft näher ein



Foto: Gisa Sander/Fotolia.com

Wer weiter denkt, kauft gesünder und näher ein – so lautet die gemeinsame Botschaft von Ernährungsexpertin Mag. Angelika Kirchmaier und KR Fritz Gurgiser beim Infoabend in der AK Kufstein. Am Donnerstag, 7. Mai, geht es ab 19 Uhr um gesunde Lebensmittel, die gesunde Jause, regionale Produkte und warum man beim Einkaufen verstärkt darauf achten soll, woher die Produkte kommen.

Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 – 3350 oder kufstein@ak-tirol.com

Im Anschluss gibts regionale Produkte zum Verkosten und die Gelegenheit, Fragen direkt im Gespräch mit den Experten zu klären.

WAS SIND DENN...

E-Nummern?

Wer auf die Zutatenliste von Lebensmittel-Verpackungen schaut, ist garantiert mit E-Nummern konfrontiert. Mit ihnen werden in der EU Lebensmittelzusatzstoffe gekennzeichnet. Doch was verbirgt sich dahinter?

Es sind verschiedene Zusatzstoffe, die eine Speise färben, ihren Geschmack verstärken, sie verdicken oder länger haltbar machen. Zahlreiche E-Nummern gelten als unbedenklich, einige können aber gesundheitliche Probleme verursachen.

Ob sie ungefährlich sind oder bedenklich, steht in der AK Broschüre „E-Nummern“, kostenlos anzufordern unter 0800/22 55 22 – 1836 oder herunterzuladen auf ak-tirol.com

informiert.eltern.werden

Infoabend. Werdende Eltern haben es schwer. Es gibt viele Fristen und Termine zu beachten, und es müssen wichtige Entscheidungen getroffen werden. Die AK hilft.



Anlässlich der Geburt eines Kindes gehören finanzielle Absicherung, Karenz, Kinderbetreuung, Wiedereinstieg und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie überlegt und geplant. Wie schaut es aus mit Mutterschutz, Wochengeld, Karenz, Elternteilzeit, Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe? Was muss wem und wann gemeldet werden? Da will man keine Fehler machen.

Infoabend. Deshalb bietet die AK für werdende Eltern einen ganz besonderen Infoabend mit Kurzvorträgen und Fragemöglichkeit in angenehmer Atmosphäre an. Unter dem Motto „informiert.eltern.werden“ erhalten sie am Mittwoch, 27. Mai 2015, ab 18 Uhr in der AK in Innsbruck viele wertvolle Tipps. Und es wird ausgeräumt mit Missverständnissen rund um die Begriffe Karenz,

Baby unterwegs. Neben der Freude gibt es viel zu beachten.

Kündigungsschutz und Kinderbetreuungsgeld.

Expertinnen halten beim Infoabend kurze Vorträge zu Themen rund um die Geburt eines Kindes unter finanzieller, rechtlicher und allgemeiner Betrachtung. Es erwarten Sie Impulsvorträge zu den Themen: Recht der Eltern am Arbeitsplatz, Finanzielles rund um die Schwangerschaft und nach der Geburt, Schwangerschaftsbegleitung und beruflicher Wiedereinstieg sowie Kinderbetreuung. Danach besteht die Möglichkeit zur Diskussion unter Gleichgesinnten und für individuelle Fragestellungen in offener Runde.

Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr und kann ohne vorherige Anmeldung besucht werden! Sichern Sie sich einen Informationsvorsprung, merken Sie sich den Termin vor und nehmen Sie teil an der kostenlosen Veranstaltung am 27. Mai.

Infos dazu erhalten Sie unter Tel. 0800/ 22 55 22 – 3720 oder 1644.

Zum Vormerken

informiert.eltern.werden am Mittwoch, 27. Mai, um 18 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck.

LANDECK & KITZBÜHEL Das Kind beim Lernen begleiten



Der Schulbesuch der Kinder kann auch für Eltern zum Spießbrutenlauf werden – mitunter samt unangenehmer Auswirkungen aufs Familienleben. Etwa dann, wenn Schüler so gar keine Lust haben, die Hausaufgaben zu machen oder abends noch einmal die Englisch-Vokabeln durchzugehen. Oder wenn gut gemeinte Hilfsangebote der Eltern immer wieder in Streitereien münden. Wenn Eltern ratlos sind, können praxiserprobte Tipps von Fachleuten Abhilfe schaffen. Beim kostenlosen Infoabend „Eltern als Lernbegleiter“ am Dienstag, dem 21. April, in der AK Landeck und am Dienstag, dem 12. Mai, in der AK Kitzbühel, jeweils um 19 Uhr, erklärt Dr. Astrid Freiensteintorggler vom Pädagogischen Institut in Bozen, wie Sie Ihr Kind beim Lernen optimal unterstützen können. Lassen Sie sich überraschen, mit welchen Kniffen es funktionieren kann! Erfahren Sie, wie Sie die Erkenntnisse der Lernforschung zuhause anwenden können!

Anmeldung telefonisch erforderlich: 0800/22 55 22 – 3450 (Landeck) oder 0800/22 55 22 – 3252 (Kitzbühel)

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA:

RECHT AUF LEISTBARES WOHNEN

Erwin Zangerl, AK Präsident

Wann starten Sie, Herr Landesrat?

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Anlässlich der Resolution für leistbares Wohnen wurde ich gefragt, was dieses „Papier“ bewirken soll. Die Antwort ist klar: Wenn wir uns nicht bemühen, passiert leider gar nichts. Denn die politisch Verantwortlichen sind

mit der Situation, so unverständlich dies klingen mag, sogar zufrieden! Da werden Grundpreise künstlich hochgehalten, da entwickelt sich Tirol zum Spekulantland, wenn von Süden her Steuerflucht-Geld in Immobilien investiert wird. Und auch die vielen Studenten aus Deutschland wirken sich auf die Mieten aus. Wo aber bewegen sich die Politiker, wenn sie den Druck auf den Menschen nicht spüren? Wir können doch nicht auswandern! Vielmehr müssen alle, die im Land leben, auch Wohnungen vorfinden. Das ist Aufgabe der Politik und unsere Forderung! Prompt fallen mir da millionenschwere Versäumnisse ein: Wo sind die 68 Millionen, die 2014 von Rückflüssen aus der Wohnbauförderung übrig blieben? Warum wurden Gelder in Wien gar nicht abgeholt? Und warum geht nichts weiter? Deshalb war es Zeit für diese Resolution, und wir werden nicht müde, die Wohnbau-Offensive einzufordern! Wann starten Sie durch, Herr Landesrat Tratter?

Günter Mayr, Fraktionsvorsitzender

Sinnvoll fördern, sinnvoll sparen

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen



Tirols Arbeitnehmerfamilien können sich trotz Arbeit ihre Mieten nicht mehr leisten. Dabei ist Wohnen als elementare Voraussetzung des menschlichen Lebens anzusehen. Daher fordern wir schon seit Langem von der

Tiroler Landesregierung, dass die Wiedereinführung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung und aller Rückflüsse endlich umgesetzt wird. Durch einen verstärkten geförderten Wohnbau und eine Wohnbauförderung, für die vom Land Tirol mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, könnten die notwendigen 10.000 geförderten Mietwohnungen pro Jahr umgesetzt werden. Dass außerdem auch die Möglichkeit besteht, die Mieten im geförderten Wohnbau durch sinnvolle Einsparungen um bis zu 15 Prozent zu reduzieren, hat uns die AK Studie „Leistbares Wohnen in Tirol – Möglichkeiten einer Kostensenkung im Wohnbau unter besonderer Berücksichtigung der gemeinnützigen Wohnbauträger in Tirol“ einmal mehr vor Augen geführt. Nur so kann das Wohnen wieder leistbar werden. Zudem müssen jene, die günstiges Bauland horten, statt es dem gemeinnützigen Wohnbau zur Verfügung zu stellen, zur Verantwortung gezogen werden.

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

Es gibt nicht nur die eine große Lösung

Grüne in der AK



Es können bis zu zwei Monatsmieten im Jahr bei Neubauten eingespart werden. Das hat die von der AK Tirol in Auftrag gegebene Studie ergeben. Es muss jedoch ein Bündel an Maßnahmen umgesetzt werden,

denn den einen großen Kostentreiber gibt es in der Regel nicht. In manchen Gegenden wirken sich zwar hohe Grundstückspreise aus, aber im Schnitt soll da nicht wirklich viel eingespart werden können. Bei bereits bestehendem Wohnraum kann in erster Linie nur noch bei den Betriebskosten gespart werden, soweit sie überhaupt beeinflussbar sind. Wie warm will ich es wo haben? Nutze ich alle Möglichkeiten zum Stromsparen? Wie schaut mein Warmwasserverbrauch aus? Es sind meist nicht die großen Summen, die gespart werden können, aber wie heißt es: Kleinvieh macht auch Mist. Natürlich könnte die Politik mit festgelegten Miet- und Grundstückspreisen und noch höheren Subventionen eingreifen, aber dann verabschieden wir uns von der freien Marktwirtschaft. Sehr wohl können die Gemeinden aber mit günstigen Miet- und Sozialwohnungen zusätzliches Angebot schaffen und so den Wettbewerb erhöhen. Leider gibt es die eine große Lösung nicht.

Franz Ebster, Fraktionsobmann

Tirols Politiker müssen nun handeln

Freiheitliche Arbeitnehmer in der AK



Seit Jahren ist leistbares Wohnen ein wesentliches Thema in Tirol. Denn die Mieten sind kaum noch zu bezahlen, und das Schaffen eines Eigenheims ist für einen Arbeiter in einem Arbeits-

leben meist gar nicht mehr möglich. Zudem bekommen viele Mieter im ersten Quartal des Jahres die Abrechnung der Betriebskosten, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Viele Tirolerinnen und Tiroler sind damit finanziell überfordert und geraten möglicherweise sogar in die Schuldenfalle. Gemeinden, vor allem die Bürgermeister, die Städte und das Land Tirol haben hier eine große Verantwortung, gleichzeitig aber auch vielfältige Möglichkeiten. Bei den kommenden Gemeinderatswahlen sollten Arbeitnehmer jene wahlwerbenden Gruppen unterstützen, die sich für leistbares Wohnen einsetzen und die nötigen Maßnahmen dann auch umsetzen.

Mit der kürzlich vorgestellten Studie „Leistbares Wohnen in Tirol“, fasst im Auftrag der Arbeiterkammer Tirol, wird den verantwortlichen Politikern eine ganze Reihe von Möglichkeiten aufgezeigt, mit denen Wohnen leistbarer gemacht werden kann. Man muss sie jetzt nur noch umsetzen.

Schlaganfall, was nun? Hilfe für Angehörige

*Aus heiterem Himmel. Ein Schlaganfall, ein Unfall, ein Sturz und dann ein Pflegefall.
Für Betroffene und Angehörige ist danach oft nichts mehr so, wie es einmal war.*



Viel zu tun. Ein Pflegefall in der Familie verändert alles.



Foto: Robert Knesche/Fotolia.com

Der Vater bricht zusammen und wird mit der Rettung ins Krankenhaus gebracht. Die Diagnose: Schlaganfall. Es stellt sich heraus – der Vater ist zum Pflegefall geworden. Die rechte Körperhälfte ist gelähmt, er kann weder Stuhl noch Harn halten. Von einem Moment auf den anderen hat sich alles verändert. Und sowohl die Angehörigen, als auch die Betroffenen selbst müssen sich auf eine völlig neue Lebenssituation einstellen.

Die Familie sieht sich einem Berg von Problemen gegenüber. Allen voran steht die schwierige Entscheidung, ob es familiäre Situation und Krankheit zulassen, dass die Pflege zu Hause erfolgen kann, oder ob eine Heimunterbringung besser ist.

Zurzeit werden rund 80 % aller betreuungs- und pflegebedürftigen Personen in Österreich von ihren Angehörigen zu Hause versorgt. In den seltensten Fällen jedoch sind die Menschen darauf vorbereitet. Eine Vielfalt an Fragen fällt an. Fragen, die die finanzielle Seite betreffen, aber auch Fragen zu Hilfsmitteln, Selbsthilfegruppen oder auch Sachwaltschaft.

Pflegegeld. Unabhängig davon, ob der Angehörige zu Hause gepflegt oder in einem Pflegeheim betreut wird, sollte ein Antrag auf Pflegegeld gestellt werden.

Im Heim. Mit dem Heimträger Kontakt aufnehmen und ein entsprechendes Ansuchen auf einen Heimplatz stellen.

Zu Hause. Wird die Pflege zu Hause durchgeführt, ist zu überlegen, ob Hilfe von Seiten des Sozialsprengels erforderlich ist: Dann sollten Sie mit dem Sozialsprengel in Verbindung treten und besprechen, welche Unterstützung notwendig ist. Außerdem ist zu bedenken, ob Umbauten nötig sind, um die Pflege zu Hause zu ermöglichen oder zu erleichtern. Abzuklären ist auch, ob Pflegehilfsmittel, wie etwa ein Pflegebett, benötigt werden.

Neue AK Broschüre

Die AK Broschüre „Pflegebedarf - was nun?“ verschafft Betroffenen einen Überblick über alle Angebote und informiert zu Themen, die für die Pflege zu Hause wichtig sind. Gibt es Geld für den Wohnungsumbau? Wie beantragt man Pflegegeld? Broschüre einfach anfordern unter 0800/22 55 22 - 1645 oder herunterladen auf ak-tirol.com

TIPPS VERANSTALTUNG

Tag der Pflege in der AK Imst

Am Dienstag, 5. Mai, stehen in der AK Imst pflegende Angehörige und ihre Probleme im Vordergrund. Ab 14 Uhr gehts um den Vergleich Pflegeheim, 24-Stunden-Betreuung und Sozialsprengel. Ab 16.30 Uhr gibts Infos für Angehörige u. a. vom Leiter der PVA, Dr. Christian Bernard, zu freiwilliger Weiterversicherung und Pflegegeld-Einstufung, außerdem zu Unterstützungen, Pflegekarenz, Pflegeurlaub und Familienhospizkarenz. Um 19 Uhr erfahren Sie, wie man der Burnout-Falle entkommt. Von 14 bis 19 Uhr kann außerdem vor Ort eine Hilfsmittelausstellung besucht werden. Von 15 bis 18 Uhr bietet die Caritas eine Demenzberatung. Anmelden unter 0800/22 55 22 - 3150. Mehr auf ak-tirol.com

Häusliche Betreuung



Ein Familienmitglied wird plötzlich pflegebedürftig. Hilfe in dieser schwierigen Situation bekommen Angehörige von Expertinnen in der AK Telfs am Donnerstag, 7. Mai, um 19.30 Uhr und in der AK Lienz am Dienstag, 12. Mai, um 16 Uhr. Anmeldung für Telfs unter der Hotline 0800/22 55 22 - 3850 oder telfs@ak-tirol.com bzw. für Lienz unter 0800/22 55 22 - 3550 oder lienz@ak-tirol.com. Es geht u. a. um Förderungen, Unterstützungen, Hilfsmittel und Pflegegeld.

NEWS PFLEGEBERUFE

Für Gestresste: Ich pflege mich



Foto: Syda Production/Fotolia.com

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pflegeberufen leiden selbst oft unter dem Alltagsstress. Speziell für sie bieten AK Tirol und ÖGKV einen kostenlosen Tag der Pflege unter dem Motto „Ich pflege mich“ am Freitag, 8. Mai, ab 12 Uhr im AZW in Innsbruck. Um 12.30 Uhr gehts los mit dem Impulsvortrag „Mit heilsamen Worten sich und andere pflegen“. Die Sprachkompetenztrainerin Sandra Mantz macht klar, was man mit Sprache bewirken kann. Betroffene können sich auch für zwei Workshops anmelden, um dabei zur inneren Ruhe zu finden. Zur Auswahl stehen: 5-Elemente-Ernährung, Yoga, Qi Gong, Humor-Coaching, Meditation und Achtsamkeit.

Eine Anmeldung ist erforderlich unter der Nummer 0800/22 55 22 - 1645 oder gup@ak-tirol.com (bitte die gewählten Workshops bekannt geben).

Mehr auf ak-tirol.com

Einfach unentbehrlich

Berufsbild. Auch wenn es in der Diskussion um den Ärztemangel in den Hintergrund tritt – ohne Pflegepersonal geht nichts.

Das Gesundheits- und Krankenpflegepersonal gliedert sich in zwei Berufsgruppen: in die Pflegehilfe und den gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege, kurz diplomierte Krankenpflegeperson. Das Einsatzgebiet für Mitarbeiter in Pflegeberufen ist sehr groß. Sie arbeiten in Krankenhäusern, Altenwohn- und Pflegeheimen, in den Sozial- und Gesundheitssprengeln, aber auch im Behindertenbereich.

Die Ausbildung für den gehobenen Dienst kann entweder in der Allgemeinen oder Psychiatrischen Gesundheits- und Krankenpflege oder in der Kinder- und

Jugendlichenpflege erfolgen. Auch danach gibt es die Möglichkeit, im Rahmen von Weiterbildungen oder Sonderausbildungen, wie etwa für Anästhesie- oder Intensivpflege, Zusatzqualifikationen zu erlangen. Je nach Grad der Eigenständigkeit unterscheidet das Berufsrecht drei Aufgabenbereiche, und zwar den eigenverantwortlichen, den mitverantwortlichen und den interdisziplinären Aufgabenbereich, dabei ist der erste für die diplomierte Pflegeperson wohl der bedeutendste, weil sie alle Maßnahmen in diesem Bereich in eigener Verantwortung setzt. Es handelt sich

um Tätigkeiten wie Körperpflege, Lagerung, die Anwendung von gesundheitsfördernden Maßnahmen, aber auch die psychosoziale Betreuung. Doch verlieren diese für die gepflegte Person wichtigen Handlungen in der Diskussion um den Ärztemangel an Bedeutung. Zunehmend werden ärztliche Tätigkeiten auf das diplomierte Pflegepersonal abgewälzt. Nicht immer bedeutet dies aber auch mehr Personal, weshalb es zur Vernachlässigung von pflegerischen Maßnahmen kommen kann.

Unterstützt wird der gehobene Dienst von Mitarbeitern der Pflegehilfe, die sowohl bei therapeutischen, als auch pflegerischen Maßnahmen sowie hauswirtschaftlichen Tätigkeiten mitarbeiten.

Die Aufgaben im interdisziplinären Tätigkeitsbereich betreffen Bereiche, die sowohl die Gesundheits- und Krankenpflege, als auch andere Berufe des Gesundheitswesens betreffen, wie etwa die Diätologen oder Physiotherapeuten, die zu den gehobenen medizinisch-technischen Diensten zählen, die in der nächsten Ausgabe vorgestellt werden.



Pflegeberufe.
Berufsfeld mit überaus großem Einsatzgebiet.

CHECK LOEWIT-VORTRAG

Wie viel Medizin ist gesund?



Foto: pixielkind.at

Die eigentliche Wirkung der Medizin ist der Gewinn ihrer Betreiber – der Nutzen für den einzelnen Patienten könnte die Nebenwirkung sein“, lautet eine der provokanten Aussagen von Arzt und Schriftsteller Dr. Günther Loewit (o.), der sowohl Patienten, als auch Kollegen mit seinen Büchern aufrüttelt. Bei seinem Vortrag „Wie viel Medizin überlebt der Mensch?“ zeigt Loewit in der AK Kitzbühel am Mittwoch, 29. April, um 19 Uhr, wie gefährlich die Spirale von Medikamenten, Operationen, Diagnosen und Therapien sein kann. Und warum Tabletten oft nicht das Allheilmittel für alle Beschwerden sind. Ein spannender Abend ist garantiert. Im Anschluss an seinen Vortrag beantwortet der Arzt gerne auch Fragen. Bitte anmelden unter Telefon 0800/22 55 22 - 3252 oder per eMail an kitzbuehel@ak-tirol.com

Das richtige Service zum richtigen Preis

Sicherheit zuerst, heißt es, wenn mit Frühlingsbeginn wieder die Zeit der Drahtesel kommt. Deshalb haben die Konsumentenschützer der AK Tirol auch die Preise und Leistungen für ein „kleines“ und „großes“ Fahrradservice erhoben und enorme Unterschiede festgestellt. So schwankt der Preis für ein „kleines Service“ zwischen 20 und 72 Euro, jener fürs „große Service“ bewegt sich zwischen 40 und 130 Euro, auch die Preise pro Arbeitsstunde reichen von 36 bis 72 Euro.

Da die „Inklusivleistungen“ der verschiedenen Anbieter sehr unterschiedlich sind, sollte vorher nachgefragt werden, was im Angebot tatsächlich enthalten ist. Ausschlaggebend sind nämlich nicht nur der Preis, sondern auch die darin konkret inkludierten Leistungen. Diese sollten sich Konsumenten genau erklären lassen, bevor sie ihr Rad zum Service geben, wobei bei der Anfrage auf bereits bekannte Mängel hingewiesen werden sollte.

Die Details zur Erhebung gibt es auf ak-tirol.com



Foto: Manfred Follmann

NEWS AK INFOABENDE

Die Pensionen in der Zukunft

Zum Leben zu wenig – zum Sterben zu viel? Beim Thema Pension gehen die Emotionen hoch. Die AK Schwaz organisiert dazu einen kostenlosen Infoabend am Dienstag, 28. April, um 19 Uhr. Erfahren Sie vom Direktor der Pensionsversicherungsanstalt, Dr. Christian Bernard, wie die Zukunft unserer Pensionen aussieht, wie sicher sie sind, und wie das Pensionskonto funktioniert. Bitte anmelden unter 0800/22 55 22 – 3752 oder schwaz@ak-tirol.com

Übrigens: Immer wieder wird Stimmung gegen unser Pensionssystem gemacht. Dabei sind die ASVG-Pensionen der Arbeitnehmer zu 93 Prozent aus Eigenbeiträgen gedeckt. Das gilt bei den Pensionen der Selbständigen nur zu etwa 53 Prozent, bei denen der Bauern nur zu etwa 8 Prozent, unter anderem deswegen, weil dort die Beitragssätze niedriger sind. Die AK verlangt: Alle Berufsgruppen sollen gleich viel in die Pensionsversicherung einzahlen.

Wem gehört die Zeit?

Die Politikwissenschaftlerin Ingrid Kurz-Scherf (Uni Marburg) behandelt im Rahmen der Vortragsreihe „Ein anderes Europa: Konkrete Utopien und gesellschaftliche Praxen“ die feministischen Perspektiven am Arbeitsmarkt: Am Di., 21. April, um 18.30 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck. Unter dem Titel „Wem gehört die Zeit? – Feministische Perspektiven auf Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik“ befasst sich Kurz-Scherf mit den Zeitstrukturen von „Arbeit und Leben“ und zeigt die Differenzen für Männer und Frauen auf: Es geht um den Wandel der Zeit, Beschleunigung und Entfremdung. Anmeldung erbeten unter 0800/22 55 22 – 1930 oder johann.offner@ak-tirol.com

Die Veranstaltungsreihe ist eine Kooperation von Büro für Gleichstellung und Gender Studies der Uni Innsbruck, AK Tirol, ÖGB Tirol und AMS Tirol.

Die Zukunft selbst gestalten

„Eine Woche 2044“. Was bleibt, wenn sich vor allem immer mehr Junge zurückziehen und sich nicht mehr einmischen und politisch engagieren? Eine Zeitzeugin berichtet.

SERIE EINE WOCHE 2044, III

von Dr. Lothar Müller

Sie und er – Nachbarskinder. Aber nach der Volksschule trennen sich ihre Wege. Bis zum Wiedersehen vergehen fast zwanzig Jahre. Er war nach dem Technikstudium jahrelang Projektleiter in Japan, sie nennt sich beim Wiedersehen „eine PE“.

„Was ist eine PE?“

„Eine PE ist eine prekäre Existenz. Eine, die von der Hand in den Mund lebt, von mehreren Jobs – wenn sie Glück hat. Als PE hast du keine berufliche Heimat. Und

das bleibt dir auch danach noch. Psychisch ist man überall und nirgends. Dabei waren meine Ausbildungen gar nicht so schlecht. Aber das Umfeld hat nicht mehr gestimmt. Überhaupt nicht mehr.“

Sie erzählt weiter: „Du weißt vielleicht noch, ich war immer künstlerisch interessiert. Malerei und auch Musik. Aber nach der Matura hieß es daheim: Mach unbedingt etwas Sicheres, wie Krankenpflege oder Altenfachbetreuung. Gut, ich machte es. Und kam nach der Ausbildung unter den Deckel.“

„Deckel, was heißt das?“

„Wir waren damals gerade 22. Das war im Jahr 2027. Da hat die Systemregierung, so haben wir sie genannt, die endgültige Deckelung der Sozial- und Gesundheitsbud-

gets beschlossen. Aufnahmestopp, schlechte Betreuungsverhältnisse, nur noch Grundversorgung für finanziell schlechter Gestellte. Und damit wars aus mit meinen Ambitionen. Noch ärger waren die jungen Ärztinnen und Ärzte dran. Sie konnten das Ganze überhaupt nicht fassen.“

„Und dann, wie wurdest du eine, wie hast du gesagt, PE oder so?“

„Mein Glück war die Hygiene. Die hatte ich als Schwerpunkt in der Ausbildung. Und die galt was in der grauen Zeit: Hygiene, Sicherheit und Katastrophenschutz, das waren die Schwerpunkte der beiden Systemregierungen. Und da habe ich mich als Hygienikerin von Job zu Job gehandelt. Immer maximal Jahresverträge. Rechtsansprüche und ein Arbeitsrecht

wie früher gab es ja in dieser Zeit nicht mehr.“

Nicht eingemischt. Auch auf die Frage ihres früheren Nachbarn, wie es nach Jahrzehnten der Demokratie und des selbstverständlich gewordenen Wohlstands zu so einer Entwicklung kommen konnte, hatte sie eine Antwort: „Ich vergesse nie unsere letzte Volksschulstunde. Da hat uns unsere Lehrerin gesagt, dass wir eine ‚aufgewühlte Zeit‘ vor uns hätten. Das sei damals in einem Magazin gestanden. Wir haben da nur gelacht. Aber später, da hätten wir uns als Junge viel stärker einmischen müssen. Wir haben die Politik damals verachtet. Wir hätten uns statt dessen einmischen müssen. Für unsere Zukunft.“

CHECK EUROPA.WEIT

Junge entdecken am 6. Mai Europa

Groß und bunt wird sie werden, die Europäische Jugendwoche, die am 6. Mai, von 12 bis 18 Uhr, am Sparkassenplatz in Innsbruck gefeiert wird. Und dabei können junge Menschen unter dem Motto *Europa.Weit* zahlreiche Möglichkeiten entdecken, die ihnen im Ausland offen stehen. Arbeiterkammer Tirol und das InfoEck – Jugendinfo Tirol informieren Interessierte zwischen 13 und 30 Jahren unter anderem über kostengünstige und interessante Auslandsaufenthalte im Rahmen von *AK goes international*, des Europäischen Freiwilligendienstes Rückenwind, Praktika im Rahmen von *Tirolerinnen und Tiroler auf der Walz* oder über Weiterbildungsmöglichkeiten im Ausland. Auf dem Programm stehen eine Europasafari und zahlreiche Aktionen für Kreative. Die Aktion wird vom EU-Programm Erasmus+ gefördert.

Ökonomische Leidenswege

Wirtschaft. Ein neues Buch zeigt, warum Millionen Menschen täglich leiden müssen, und dass die Weltwirtschaft einem Kreuzweg gleicht.

Es ist ein gehöriges Unterfangen, das sich Josef Nussbaumer – zusammen mit Andreas Exenberger und Stefan Neuner – in seinem Werk gestellt hat: Darauf aufmerksam zu machen, dass Millionen Menschen leiden, weil unsere Ökonomie kaum andere Wege bereithält, mag weder charmant, noch opportunistisch sein, es ist jedoch von enormer Wichtigkeit. Nussbaumer verzichtet deshalb auch auf die Schnelllebigkeit und Oberflächlichkeit der Betrachtung, man merkt, er ist ein Sammler, Beobachter und Kenner der Materie. Und die Nachrichten und Fakten, die er gesammelt hat und in den Kontext eines christlichen Kreuzwegs stellt, geben zu denken.

In 14 Kapiteln zeigt der Autor schließlich, worauf es ihm ankommt: auf die Grundlagen unseres Wirtschaftens, die wir uns in rasendem



Gewinnen Sie ein Exemplar! Schreiben Sie an ak@tirol.com. Stichwort: „Leidenswege“

LEIDENSWEGE DER ÖKONOMIE

studia

Tempo selbst entziehen. Die Kapitel tragen Namen wie *Hunger, Konsum, Ressourcen, Mobilität, Boden, Wald, Wasser, Müll* oder *Arbeit* und sie gipfeln im Kapitel *Verteilung*, das den Untertitel *Chancenlos* trägt. Denn überall auf der Welt gibt es Menschen, die den angeblichen Fortschritt „ausleiden“ müssen. Und diese Menschen sind in der Überzahl – sie gehen Leidenswege für den Wohlstand anderer, weil die Wirtschaft sie dazu zwingt.

Das Buch ist eine Fundgrube für alle, die für andere Wege arbeiten wollen, damit Lasten und Kosten gerecht verteilt werden. Jeder Abschnitt gibt Anregungen zum Nachdenken, im letzten Kapitel zeigt Nussbaumer, welche Auswege es aus dem Dilemma geben würde.

Leidenswege der Ökonomie, STUDIA
Universitätsverlag Innsbruck, 2015; € 19,90

IMPRESSUM



AK TIROLER ARBEITERZEITUNG – AK AKTUELL
Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Medieninhaber und Herausgeber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7
Redaktion: Dr. Elmar Schiffkorn, Mag. Christine Mandl, Gertraud Walch, Mag. Henrik Eder, Armin Muigg
Fotos: AK, www.fotolia.com
Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck, Ing. Ezelstraße 30

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25 (2): Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7; Präsident: Erwin Zangerl; Aufgabenstellung: Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die im Arbeiterkammergesetz 1992 BGBl. Nr. 626/1991 idGF festgehalten sind.

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.